

CORDULA TOLLMEN

»In Göttingen befinden sich  
etwa 6000 ausländische Arbeiter«<sup>1</sup> –

*NS-Zwangsarbeiter in der Stadt Göttingen*<sup>2</sup>

Die ersten Opfer des europaweiten nationalsozialistischen Menschentransfers im Zuge des Zweiten Weltkrieges waren nicht die Polen, sondern – das wird häufig vergessen – die Tschechen, und das schon vor dem offiziellen Beginn des Krieges. Bereits Ende April 1939 kamen die ersten Tschechen nach Göttingen in die als Zulieferbetriebe für die deutsche Luftwaffe arbeitenden Göttinger Rüstungsbetriebe: zuerst in die Sartorius-Werke AG und die Physikalischen Werkstätten AG, kurz Phywe, dann auch in die in Weende gelegenen Aluminiumwerke (Alcan, heute Novelis); einzelne Tschechen arbeiteten auch in verschiedenen Göttinger Autowerkstätten. Insgesamt waren Ende Mai 1939 zwischen 60 und 70 tschechische Facharbeiter in Göttingen.<sup>3</sup> Grundlage dieses Arbeitskräftezustroms war ein schon am 19. Januar 1939 mit dem Deutschen Reich geschlossenes Abkommen der tschechoslowakischen Regierung, das die Rekrutierung von 40 000 Tschechen nach Deutschland

- 1 Gauinspektion Luftschutzbericht 4.2.1944, StadtAGö Bauamt Abt. I Fach 1 Nr. 45 a Bd. 3, o.P. Diese Zahl bezieht sich auf den alten Stadtkreis Göttingen und schließt wahrscheinlich Zivilarbeiter und Kriegsgefangene ein. Obwohl erst im August 1944 der Höhepunkt der Zwangsarbeiterbeschäftigung erreicht war, halte ich im Gegensatz zur diesbezüglich früher von mir vertretenen Meinung diese Zahlenangabe heute für realistisch. Siehe dazu die Schätzungen am Schluss dieses Beitrags.
- 2 Ich beschränke mich in dieser Darstellung auf den alten Stadtkreis Göttingen unter Einbeziehung der gewerblichen Betriebe in den ehemals selbständigen Dörfern Geismar, Grone und Weende. Nicht betrachtet, wohl aber bei der quantitativen Schätzung am Schluss berücksichtigt, wird der Zwangsarbeitereinsatz in der Landwirtschaft in den drei genannten heute zur Stadt Göttingen gehörenden Dörfern.
- 3 Wenn nicht anders angegeben, beruhen die folgenden Schätzungen auf der Auswertung und einer entsprechenden Hochrechnung von 24,12 % der insgesamt 1082 Kisten (Zahl bereinigt um Kisten mit ausschließlich typisch deutschen Namen wie Müller, Schmidt, Schulze) der alten Einwohnermeldekartei, die im Stadtarchiv Göttingen aufbewahrt wird. Für die Tschechen gibt es keine anderen Quellen als diese Einwohnermeldekartei.

zur Arbeit vorsah. Die Umsetzung dieses Abkommens erfolgte allerdings erst nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Prag am 15. März 1939, nun aber zügig und ohne hinderliche Rücksichtnahme auf Einwände von tschechischer Seite.<sup>4</sup>

Über die nach Göttingen geworbenen tschechischen Arbeiter wissen wir wenig Konkretes, gar nichts über ihre Motive, die der Arbeitsaufnahme in Deutschland zugrunde lagen. Die meisten von ihnen kamen direkt aus Prag. Dieser städtische Hintergrund spricht ebenso wie das hohe Qualifikationsniveau für eine weitgehend »freiwillige« Arbeitsaufnahme in Deutschland, zumindest wenn man von den ökonomischen Zwängen aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit im »Protektorat« absieht. Formal galten die tschechischen Einwohner des Protektorats als »Inländer besonderer Art«, so jedenfalls die offizielle Auslegung des Führererlasses vom 16. März 1939. Wenn man sich jedoch die zur Rechtfertigung der Besetzung noch einmal intensivierte Propaganda Hitlers gegen die »demokratischen Friedensmacher von Versailles« ansieht, in deren Kontext die Tschechoslowakei als »Brücke bolschewistischer Aggressivität nach Europa« und »Landsknecht der europäischen Demokratien« bezeichnet wurde,<sup>5</sup> dann wird klar, dass auch die Tschechen in der allgemeinen öffentlichen Wahrnehmung als feindliche Ausländer angesehen wurden. Folgerichtig wurde denn auch schon vor Kriegsbeginn für die Tschechen ein Sonderrecht geschaffen, das zum Vorbild für die gesamte spätere Ausländergesetzgebung wurde: Seit Ende Juni 1939 hatten Tschechen bei »Arbeitsverweigerung«, politischer Betätigung oder »sonstiger staatsfeindlicher Einstellung« »Schutzhaft« zu gegenwärtigen. Am 4. Juli 1939 wurden die entsprechenden Bestimmungen dann ausgeweitet auf alle tschechischen Arbeitskräfte, die Befehle verweigert, Diebstähle begangen, geplündert, oder sich sonstiger krimineller Delikte schuldig gemacht hatten. »Damit«, so Ulrich Herbert, »war [...] das Maß überschritten, in dem deutsche Arbeiter gemeinhin bestraft werden konnten: Schutzhaft für Diebstahl – eine Verschärfung des Strafmaßes, die die Tschechen tendenziell außerhalb der deutschen Rechtsordnung stellte.«<sup>6</sup>

Die Anwerbung arbeitsloser Tschechen für den »Reichseinsatz« war aufgrund von zunehmend negativen Berichten über den Arbeitsalltag in Deutschland schon im Juni 1939 in eine Krise geraten. Das Reichsarbeitsministerium erließ deshalb am 5. August 1939 einen Sondererlass, nach dem das

4 Zum Arbeitseinsatz von Tschechen im Vorfeld und der Frühzeit des Zweiten Weltkrieges siehe auch für das Folgende: Kárný 1991, S. 26-32; Posta 2002, S. 37-80; zur Rechtsstellung Posta 2002, S. 114-116.

5 Hitler am 28.4.1939 vor dem Reichstag, zitiert nach Göttinger Tageblatt 29./30.4.1939.

6 Herbert 1985, S. 63.

Verlassen des Arbeitsplatzes nicht mehr ohne Zustimmung des zuständigen Arbeitsamtes möglich war; eine Verordnung der Protektoratsregierung vom 25. Juli 1939 sah außerdem die »Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht zur Durchführung besonderer staatspolitischer Aufgaben« für alle Männer zwischen 16 und 25 Jahren vor. Dies war die erste einer Folge von Dienstverpflichtungen zur Aushebung geschlossener Jahrgänge, wie sie später auch für andere Nationalitätengruppen in ganz Europa gang und gäbe wurde. Gleichzeitig hatte man im Sommer 1939 mit dem Aufbau eines dichten Netzes von formal zwar dem tschechischen Sozial- und Gesundheitsministerium unterstellten, faktisch aber von deutschen Beamten geleiteten Arbeitsämtern auch die institutionelle Basis für kontinuierlich effektive Anwerbungen geschaffen. Da es bis 1941 keine einheitlichen Durchführungsrichtlinien für die Arbeiterrekrutierung gab, legten die Arbeitsämter die Gesetze sehr extensiv aus. Das führte dazu, dass sich das Arbeitsamt neben der Gestapo in kürzester Zeit zur meistgefürchteten und meistgehassten Institution im »Protektorat« entwickelte<sup>7</sup> – auch dies war ein Modell und ein Verfahren, das dann im Krieg etwa auch in Polen oder später auch in den Niederlanden oder in Frankreich entsprechend angewandt wurde. Der Beitrag der deutschen Arbeitsverwaltung zur Durchsetzung und Etablierung der deutschen Besatzungsmacht innerhalb der jeweiligen Länder kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.<sup>8</sup>

Auch in Göttingen war die Anwerbungs Krise des Sommers 1939 deutlich zu spüren gewesen und so kamen im Juli und August 1939 nur noch ganz vereinzelt tschechische Arbeiter. Dies änderte sich mit Kriegsbeginn. Zwar kamen nicht Tausende von in Baracken unterzubringenden Arbeitskräften, wie Göring am 23. Juni 1939 auf einer Sitzung des Reichsverteidigungsrates fabuliert hatte,<sup>9</sup> aber am 25. September 1939 doch immerhin um die 30 Tschechen gleichzeitig zur Göttinger Reichsbahn. Und im Gegensatz zu den bisherigen Arbeitskräften aus dem »Protektorat« wurden diese nun nicht mehr in Privatquartieren, sondern gemeinsam im Gasthaus »Sültebeck« im Maschmühlenweg 14/16 untergebracht. Dies war die erste lagermäßige Unterbringung von ausländischen Arbeitern in Göttingen. Entgegen der bisher in den Veröffentlichungen über Göttinger Zwangsarbeiter auch von mir selbst vertretenen Meinung wurde ein solches Lager in Göttingen also nicht erstmals für Polen, sondern für Tschechen eingerichtet.<sup>10</sup>

7 Das Prager Arbeitsamt hieß im Volksmund »Haus des Schreckens«, vgl. Posta 2002, S. 70 f.

8 Vgl. dazu Maier 2000 und die Dokumentensammlung Maier o.J. (2000).

9 Göring hatte insgesamt von Hunderttausenden gesprochen; siehe dazu Kárný 1991, S. 31.

10 Vgl. Tollmien 1999, S. 204. Eine Korrektur dieser Auffassung war nur durch die neuerschlossene Quelle der Einwohnerkartei möglich.

Mit dem Gasthaus »Am Sültebeck« als dem ersten als Lager für ausländische Arbeitskräfte genutzten Gasthaus (es sollten im Laufe des Krieges noch viele andere Gaststätten folgen) hatte man in Göttingen eine ganz besondere Lokalität gewählt: Es handelte sich nämlich um das ehemalige »Göttinger Volksheim«, das während der Weimarer Republik das politische und gesellschaftliche Zentrum der Göttinger Arbeiterbewegung gewesen war. Hier hatten sich die Büros der Göttinger Gewerkschaften befunden, hier trafen sich die Arbeiterkulturvereine und im Nebengebäude des »Volksheims« waren die Druckerei des SPD-eigenen »Volksblattes« und ein genossenschaftlicher Bauverein untergebracht gewesen. Am 2. Mai 1933 war das Gewerkschaftshaus besetzt und das »Volksheim« von der Deutschen Arbeitsfront übernommen worden; am 19. Mai hatte Oberbürgermeister Albert Gnade die Druckerei den nationalsozialistischen »Göttinger Nachrichten« übergeben, die dann 1936 – inzwischen als »Südhannoversche Zeitung« firmierend – den gesamten Gebäudekomplex (einschließlich der Gastwirtschaft) für einen Spottpreis erwerben konnten. In gewissem Sinne lässt sich sagen, dass die Einrichtung eines Lagers für ausländische Arbeiter im ehemaligen »Göttinger Volksheim« (nach den Tschechen wurden später dort auch französische Kriegsgefangene, Belgier, Holländer und vereinzelt auch Ukrainer, Polen und Italiener untergebracht) einer inneren Logik folgte: Nach der Enteignung der organisierten Göttinger Arbeiterschaft, der Misshandlung ihrer Führer und der Zweckentfremdung von Gebäuden und Inventar für die nationalsozialistische Propaganda war die Einrichtung eines Lagers für die im Kriegsverlauf aus ganz Europa nach Deutschland verbrachten Zwangsarbeiter im ehemaligen Gewerkschaftsbesitz nur ein letzter konsequenter Schritt.<sup>11</sup>

Vorgeschrieben war eine lagermäßige Unterbringung für tschechische Arbeitskräfte im September 1939 noch nicht; dies wurde erst im Dezember 1940 verfügt. Als staatliche nicht örtlich gebundene Einrichtung war die Reichsbahn jedoch in besonderer Weise daran interessiert, das ihr zur Verfügung stehende Arbeitskräftepotenzial jederzeit problemlos an verschiedene Einsatzorte verbringen zu können. Dies aber war bei einem in einem Lager gemeinsam untergebrachten Arbeitstrupp sehr viel leichter und schneller möglich als bei in Privatquartieren wohnenden Einzelpersonen.<sup>12</sup> Bewacht durch eigenes dafür abgestelltes Wachpersonal wurde das Reichsbahnlager im Gasthaus Sültebeck nicht. Doch erleichterte eine gemeinschaftliche Unterbringung in direkter Nähe des Arbeitsplatzes, wie sie im Maschmühlen-

11 Siehe dazu Bons/Denecke/Duwe u.a. 1986, S. 25 f.; Tollmien 1999, S. 99 f.

12 So wurde etwa die Hälfte der ursprünglichen Lagerbesetzung auch schon zwei Wochen nach ihrer Ankunft in Göttingen nach Ristedt im Kreis Sangershausen versetzt und im Sommer 1940 kam umgekehrt ein Gleisbautrupp von etwa 20 Tschechen aus Ottbergen nach Göttingen ins Lager Sültebeck.

weg gegeben war, natürlich die Überwachung der Tschechen durch deutsche Vorarbeiter oder Truppführer erheblich. »Fluchtversuche« sind in dieser Gruppe von Arbeitern in den Quellen jedenfalls nicht dokumentiert. Allerdings war auch ein wichtiges Element des Zwangscharakters der Arbeit bei diesen ersten tschechischen Arbeitskräften noch nicht gegeben: nämlich die Unauflöslichkeit ihres Arbeitsverhältnisses in Deutschland. Soweit sich dies von Göttingen aus verfolgen lässt, kehrten nicht alle, aber doch relativ viele dieser ersten tschechischen Arbeiter nach ein paar Monaten Arbeitseinsatz in Deutschland wieder in ihre Heimat zurück. Außerdem – und das ist die ideologische Ebene der für die Lagerunterbringung sprechenden Gründe – gab es auch schon vor dem ausdrücklichen Verbot des privaten Wohnens für Tschechen bei vielen lokalen Behörden Bestrebungen, eine stärkere Trennung von der deutschen Bevölkerung durchzusetzen. Man befürchtete dabei nicht nur eine »rassische« Gefährdung durch zu enge Kontakte, sondern vor allem eine politische Beeinflussung durch Arbeitskräfte aus einem Land mit einer lebendigen demokratischen Tradition.<sup>13</sup>

Die Arbeitskräfte aus dem sog. Protektorat Böhmen und Mähren stellten sowohl in Göttingen als auch reichsweit nur eine vergleichsweise kleine Gruppe unter den ins Deutsche Reich zur Arbeit gezwungenen Menschen. Massenhaft wurde der Zwangsarbeitereinsatz erst mit dem Überfall auf Polen und der Verschleppung von Tausenden und Abertausenden Kriegsgefangenen und kurz darauf auch Zivilpersonen ins Deutsche Reich. Doch – und dies rechtfertigt die ausführliche Darstellung dieser ersten, in anderen Darstellungen häufig vernachlässigten Gruppe von »Fremdarbeitern« – die Tschechen waren sozusagen das Modell, an ihnen wurde sowohl technisch-logistisch als auch auf der rechtlichen Ebene erprobt und in die Tat umgesetzt, was wenig später zur Grundlage des europaweiten Zwangsarbeitereinsatzes werden sollte.

Wie schon bei der Besetzung der Tschechoslowakei marschierten auch beim Überfall auf Polen Vertreter der deutschen Arbeitsverwaltungsbehörden gemeinsam mit der Wehrmacht in Polen ein und das zum Teil an vorderster Front. Die polnischen Kriegsgefangenen wurden daher zumeist nur wenige Tage nach ihrer Gefangennahme sofort zur Arbeit ins Reich gebracht und dort (anfänglich vor allem im Osten) in der Landwirtschaft eingesetzt. Doch erkannte die NS-Führung bald, dass sich mit den Kriegsgefangenen allein der aufgrund der vielen Einberufungen entstandene Arbeitskräftemangel nicht beheben lassen würde, und so dehnte man die Arbeitskräfterekrutierung schon im September 1939 auch auf zivile Arbeitskräfte aus.<sup>14</sup>

13 Vgl. dazu Posta 2002, S. 125 f.

14 Vgl. Herbert 1986, S. 124-126; Vgl. auch Gabriel, Präsident des Landesarbeitsamtes Danzig-Westpreußen, in: Reichsarbeitsblatt V, Nr. 7/1940, S. 106, als Faksimile in: Maier o.J., o.S.

In Wildwestmanier, bei Razzien und regelrechten Menschenjagden, unter Androhung von Gefängnis- oder sogar Todesstrafe brachte man bis Ende des Jahres 1939 zehntausende Polen und Polinnen als zivile Arbeitskräfte ins Reich.<sup>15</sup>

In Göttingen trafen die ersten 63 polnischen Zivilarbeiter am 20. November 1939 ein. Sie wurden dem Eisenbahn- und Tiefbauunternehmen Fritz Keim zugewiesen und sollten für die Firma Oberbauarbeiten bei der Reichsbahn durchführen.<sup>16</sup> Die Arbeit bei Keim war Schwerstarbeit: Die Arbeiter mussten schwere Eisenteile bewegen und waren beim Entladen des staubigen Steinschlags, der für die Aufsetzung des Gleisbettes benötigt wurde, den herumfliegenden kleinen Steinsplintern ausgesetzt.<sup>17</sup> Eine ganze Reihe der Keim zugewiesenen Arbeiter war dieser harten Arbeit nicht gewachsen, so dass sich das Arbeitsamt schon am 4. Dezember gezwungen sah, zunächst zwei und im Januar dann insgesamt noch einmal 15 der ursprünglich 63 Polen bei Keim »wegen ihrer körperlichen Schwäche« als landwirtschaftliche Arbeiter in den Landkreis Göttingen umzuvermitteln.<sup>18</sup> Nachdem bereits Ende Januar ein Pole seine Arbeitsstelle »heimlich« verlassen hatte, kam es im Frühjahr 1940 dann zu einer echten Massenflucht bei Keim: 18 Mann, so meldete die Göttinger Polizei am 18. März 1940, hätten ihre Arbeitsstelle verlassen: »Hiervon sollen einige bereits ihre Heimat erreicht haben. Der Grund ihres Entweichens konnte bislang nicht festgestellt werden.«<sup>19</sup>

Auch wir wissen heute natürlich nicht genau, was diese 18 polnischen Arbeiter zu ihrer damals sog. Arbeitsflucht bewogen hat: War es einfach Heimweh, die unerträglichen, schweren Arbeitsbedingungen, die schlechte Entlohnung, die nicht für den Lebensunterhalt der in der Heimat zurückgebliebenen Familie ausreichte, die ständige Überwachung und eingeschränkte Bewegungsfreiheit oder vielleicht doch ein politisch motivierter Akt des Widerstands gegen die Zumutung, für die Besitzer ihres Heimatlandes arbeiten zu müssen? Wir wissen auch nicht, warum diese erste Fluchtwelle bei Keim gerade in den ersten beiden Märzwochen und nicht schon früher stattfand. War es nur das bessere Wetter im Frühling, das zu einer Flucht verleitete, oder hatte dieser Zeitpunkt vielleicht etwas mit der ständig zunehmenden, in immer neuen Vorschriften sich niederschlagenden Diskriminierung der polnischen Arbeiter zu tun, die am 8. März 1940 in ein zusammenhängendes

15 Łuczak 1991, S. 94; Herbert 1985, S. 67 f.

16 Liste o.D. (27.11.1939), StadtAGö Pol.Dir. Fach 124, Nr. 2, Bl. 371.

17 Vgl. dazu Keim 1.8.1940, StadtAGö Ernährungsamt Nr. 61, o.P.

18 Arbeitsamt 9.1.1940, Bericht 4.12.1939, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr. 2, Bl. 375, Bl. 369 v.

19 Ortspolizei 31.1.1940, Aktennotiz 18.3.1940, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124, Nr. 2, Bl. 377 v., Bl. 381 v.; zugehörige Einwohnermeldekarte, StadtAGö.

Erlasspaket gegossen worden war? Diese Erlasse schränkten die Bewegungsfreiheit der Polen weiter ein und verschärften die Überwachung. Für das Verlassen des Arbeitsplatzes drohte Einweisung in ein KZ, bei Geschlechtsverkehr mit einer Deutschen die Todesstrafe. Die Erlasse enthielten aber vor allem die entwürdigende Kennzeichenpflicht, die alle polnischen Zivilarbeiter zwang, ein violettes P auf gelbem Grund gut sichtbar an ihrer Kleidung zu tragen.<sup>20</sup> Dies war die erste öffentliche Kennzeichnung von Menschen im Dritten Reich, nach deren Muster im September 1941 der sog. Judenstern eingeführt wurde.

Obwohl nach den Märzerglassen für das unbefugte Verlassen des Arbeitsplatzes bereits KZ-Haft vorgesehen war, wurde für die Bestrafung der flüchtigen Polen bei Keim eine ältere Verfügung des Reichssicherheitshauptamtes vom 23. Dezember 1939 zugrunde gelegt, nach der Einweisung in ein Konzentrationslager erst im Wiederholungsfall vorgesehen war.<sup>21</sup> Zehn Polen der ersten Fluchtwelle und vier einer zweiten Fluchtwelle Ende März, wo noch einmal insgesamt zwölf Arbeiter entwichen waren, glückte die Flucht. Die Wiederaufgegriffenen wurden vom Göttinger Amtsgericht zu einer Freiheitsstrafe von zwei Monaten verurteilt und anschließend der Firma Keim wieder »zugeführt«.<sup>22</sup> Ende Mai arbeiteten daher wieder 26 polnische Zivilarbeiter bei Keim, und dies waren zu diesem Zeitpunkt die einzigen Zwangsarbeiter im Stadtkreis Göttingen.<sup>23</sup>

Im Übrigen folgte der Zwangsarbeitereinsatz in Göttingen wie überall dem Kriegsverlauf, wobei hervorzuheben ist, dass das eher mittelständisch ausgerichtete Göttingen nicht zu den Städten gehörte, die bevorzugt mit Zwangsarbeitern versorgt wurden. Nennenswerte größere Gruppen von Zwangsarbeitern kamen daher erst 1942/43 nach Göttingen und insbesondere die nach dem siegreichen Frankreichfeldzug im Juni 1940 in Göttingen geweckten Begehrlichkeiten auf französische Kriegsgefangene als billige Ar-

20 Reichsgesetzblatt 1940 I, Nr. 55, S. 555, Merkblatt für deutsche Betriebsführer über das Arbeitsverhältnis und die Behandlung von Zivilarbeitern polnischen Volkstums 8.3.1940, abgedruckt in: Instytut Zachodni Poznań 1976 (Documenta occupationis), S. 17 f., S. 20-22.

21 Pflichten der Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums während ihres Aufenthaltes im Reich 8.3.1940, Reichsführer SS Rundverfügung 23.12.1939, abgedruckt in: Instytut Zachodni Poznań 1976 (Documenta occupationis), S. 18 f., S. 99 f.

22 Aktennotiz 21.4.1940, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr. 2, Bl. 382; diverse Einwohnermeldekarten, StadtAGö.

23 Rundschreiben 25.5.1940, Statistik o.D. (Mai 1940), Ortspolizei 1.6.1940, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr. 12, Bl. 146 f. Im damaligen Landkreis Göttingen, also insbesondere in Weende, Grone und Geismar, arbeiteten selbstverständlich weitere Polen in den landwirtschaftlichen Betrieben.

beitskräfte wurden erst nach langwierigen Verhandlungen und in sehr viel geringerem Maße als ursprünglich gewünscht erfüllt. Zwar war das von der Wehrmacht für französische (und belgische) Kriegsgefangene eingerichtete Lager auf dem Lohberg Ende Juli/Anfang August 1940 mit ca. 250 Gefangenen belegt. Diese arbeiteten aber ausschließlich für die Wehrmacht, und schon Anfang September mussten 50 Gefangene an das zuständige STALAG XI B Fallingbostal zurückgegeben werden. Trotz des unermüdlichen persönlichen Einsatzes von Oberbürgermeister Gnade, der für über 10 000 RM im großen Saal des schon als Tschechenlager genutzten Lagers Sültebeck ein stadteigenes Kriegsgefangenenlager einrichten ließ, erfüllten sich die Hoffnungen auf die schnelle und ausreichende Zuweisung von französischen Kriegsgefangenen für städtische Belange nicht. Das eigentlich für 250 Gefangene ausgelegte Lager wurde am 22. September 1940 erstmals mit nur 122 Gefangenen belegt, die ausschließlich in der Göttinger Rüstungsindustrie, mehrheitlich bei den Aluminiumwerken, eingesetzt wurden. Die städtischen Betriebe selbst gingen leer aus und mussten sich mit von der Wehrmacht leihweise und nur unregelmäßig zur Verfügung gestellten Gefangenen zufrieden geben. Erst ab März 1941 arbeiteten dann – nach langen und aufwändigen Verhandlungen – 15 Gefangene dauerhaft für die städtischen Betriebe.<sup>24</sup> Die Verhandlungen über diese Kriegsgefangenen sind – weil es sich um städtische Quellen handelt – das am besten dokumentierte Beispiel für den unermüdlichen, auch vor erheblichen Investitionskosten nicht zurückschreckenden Einsatz eines Betriebes (in diesem Fall der Stadtverwaltung) bei der Beschaffung von ausländischen Arbeitskräften. Für die privaten Betriebe haben wir entsprechende Quellen in Göttingen nicht, aber es gibt keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass auch hier mit erheblichem Aufwand um die Zuweisung von Arbeitskräften gekämpft wurde.

Französische Zivilarbeiter kamen in nennenswertem Umfang erst nach der Besetzung von Vichy-Frankreich nach Göttingen, also ab November 1942, meistens aber erst in den ersten Monaten des Jahres 1943 und später. Die größte Gruppe – insgesamt mindestens 350 Franzosen – arbeitete wie die französischen Kriegsgefangenen für die Wehrmacht, und zwar im Flakzeugamt an der Königsallee, eine der größten und bedeutendsten Nachschubeinrichtungen der deutschen Luftwaffe. Neben den Göttinger Rüstungsbetrieben wie insbesondere den Aluminiumwerken, der Feinprüf GmbH, Sartorius, der Ruhstrat AG und Zeiss-Winkel, in denen jeweils zwischen 50 und 100 Franzosen (bei Feinprüf wahrscheinlich sogar etwas mehr) arbeite-

24 StadtAGö Bauamt Abt. I Fach 16 Nr. 48 und Nr. 52, passim; Handschriftliche Statistik vom 16.11.1942-31.12.1945, StadtAGö Ernährungsamt Nr. 50, o.P.; Entnazifizierungsakte NHStAH Nds. 171 Hildesheim Nr. 28071, passim; vgl. auch Tollmien 2000, S. 4-18.



ten, war die nach dem Flakzeugamt größte Gruppe französischer Zivilarbeiter (insgesamt wohl um die 300) bei der Reichsbahn, dem bedeutendsten Zwangs-Arbeitgeber: überhaupt, eingesetzt.<sup>25</sup>

Auch die holländischen Zwangsarbeiter arbeiteten in Göttingen hauptsächlich bei der Reichsbahn: Zunächst wieder im Lager Sültebeck untergebracht, waren die ersten holländischen Bahnarbeiter schon im Januar 1941 nach Göttingen gekommen. Wie bei den Franzosen stiegen die Einsatzzahlen aber erst im Laufe des Jahres 1943, nachdem im besetzten Holland eine zum Teil mit brutaler Gewalt durchgesetzte Dienstpflicht für alle Männer im Alter zwischen 18 und 60 Jahren (und für unverheiratete Frauen zwischen 18 und 40)<sup>26</sup> angeordnet worden war. Untergebracht waren die holländischen Zwangsarbeiter der Reichsbahn in verschiedenen Gasthäusern (auch auf dem Gelände der Firma Keim befand sich ein Holländerlager) und gegen Ende des Krieges dann vor allem in dem großen, in den Leinewiesen hinter dem Reichsbahnausbesserungswerk gelegenen Barackenlager »Auf der Masch«. Auffällig ist, dass holländische Zwangsarbeiter in Göttingen in der Rüstungsindustrie im Unterschied zu den Franzosen nicht in nennenswertem Umfang eingesetzt wurden. Es gab zwar in fast jedem Rüstungsbetrieb auch holländische Zwangsarbeiter, aber – mit Ausnahme der Aluminiumwerke – scheint ihre Zahl in der Regel sehr klein gewesen zu sein. Erwähnenswert ist lediglich noch eine Gruppe von etwa 30 Studenten, die sich geweigert hatten, die geforderte Loyalitätserklärung für Deutschland zu unterschreiben und im Mai 1943 ins Flakzeugamt kamen. Sechs holländische Medizinstudenten, die im Juni 1943 noch durch sieben französische Medizinstudenten verstärkt wurden, arbeiteten aus dem gleichen Grund als Krankenpfleger in

25 Einwohnermeldekarten (vgl. Anm. 2), StadtAGö; Aufenthaltsanzeigen für Ausländer, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr.15; Register Fremdenpässe, StadtAGö Ordnungsamt acc. 1047/1991 Nr.258; Kleine Erwerbung Nr.192 (Betriebsdatei Winkel), StadtAGö; Statistiken August/September 1944, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr.2, Bl. 541 f., Bl. 544-547; Handschriftliche Statistik vom 16.11.1942-31.12.1945, Statistiken der Verbrauchergruppen und des Bedarfs an Lebensmitteln vom 19.10.1942-12.11.1944 (nicht vollständig vorhanden), StadtAGö Ernährungsamt Nr.50, o.P.; Lageraufnahme Belgischer Suchdienst 1949, NHStAH Film 3; Beschäftigungsmeldungen 31.12.1944 R 12I/102 (Reichsgruppe Industrie), Bundesarchiv Berlin Lichterfelde (die entsprechenden Angaben wurden mir freundlicherweise von Frank Baranowski und Günther Siedbürger überlassen); Artikel vom 23.5.1943 über die Franzosen im Flakzeugamt Göttingen, in: *Journal publié par l'Amicale des Travailleurs Français en Allemagne* (diesen Hinweis verdanke ich Cécile Bonnet, Universität Aix en Provence, Frankreich). Vgl. auch: Interessengemeinschaft »Garnisonsstadt Göttingen e.V.« 1992, S. 36-39.

26 Nach Göttingen kamen kaum holländische Frauen.

den Universitätskliniken. Gegen Ende des Krieges ist außerdem eine Gruppe von holländischen Handwerkern im Feldbekleidungsamt nachgewiesen.<sup>27</sup>

Bei der dritten großen Gruppe von ausländischen Arbeitern, die aufgrund der erfolgreichen Westoffensive des Sommers 1940 ins Deutsche Reich verbracht wurden, bei den Belgiern, handelt es sich in mehrfacher Hinsicht um einen Sonderfall: Einmal waren unter diesen Belgiern sehr viele Flamen (in Göttingen um die 75 %), die aufgrund ihrer »germanischen« Abstammung einen privilegierten Status unter den ausländischen Arbeitern genossen. Viele von ihnen kamen daher freiwillig nach Deutschland. Außerdem war mehr als die Hälfte der belgischen Arbeiter (ausschließlich Flamen) in Göttingen gar nicht als Zwangsarbeiter im engeren Sinne tätig, sondern wurden als Umschüler für die Junkerswerke in den feinmechanischen Werkstätten Göttingens ausgebildet. Sie waren daher nur kurzfristig (zumeist drei Monate, manchmal auch kürzer) in Göttingen, um dann als ausgebildete Fachkräfte in das Zweigwerk Schönebeck der Junkerswerke zu wechseln. Das Umschulungsprogramm für Flamen, an dem später auch einige Holländer und Tschechen teilnahmen, konzentrierte sich auf den Zeitraum zwischen Januar 1941 und Mai 1942. Größere Gruppen von Belgiern, hier fast ausschließlich die den Franzosen rechtlich gleichgestellten Wallonen, waren in Göttingen wieder nur bei der Reichsbahn beschäftigt (von Oktober 1941 bis Februar 1943 fungierte das Gasthaus Sültebeck auch als Lager für belgische Zwangsarbeiter der Reichsbahn). Eine kleine Gruppe von Flamen war ab April 1943 kurzzeitig im Flakzeugamt und einzelne, sowohl Wallonen als auch Flamen, arbeiteten in verschiedenen Göttinger Rüstungsbetrieben.<sup>28</sup>

Seit Frühjahr 1941 liefen die Planungen für den Überfall auf die Sowjetunion. Durch die Niederlage des Bündnispartners Italien in Griechenland waren diese Pläne jedoch gefährdet und als es in Jugoslawien zu einem von Großbritannien eingefädelt Putsch gegen die dortige deutschfreundliche Regierung kam, griff die Wehrmacht am 6. April 1941 Jugoslawien an. Begleitet von Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung war die Besetzung Jugoslawiens bereits am 17. April 1941 abgeschlossen, und das Land wurde unter seinen Nachbarn Deutschland, Italien, Ungarn und Bulgarien aufgeteilt. In Kroatien wurde ein eigener Staat ausgerufen, den jedoch faktisch ein von

27 Wie Anm. 25; zu den holländischen Medizinstudenten siehe außerdem Landesarbeitsamt 7.7.1943, Rundschreiben 15.7.1943; NHStAH Hann 122 a Nr. 3283, Bl. 108-110; zu den französischen Studenten siehe Regierungspräsident 9.6.1943, Kurator 6.7.1943, Regierungspräsident 12.7.1943, Kurator 21.7.1943, Oberpräsident 26.6.1943, Arbeitsamt Göttingen 16.9.1943, Rundbrief 21.9.1943, Oberpräsident 15.11.1943, NHStAH Hann 122 a Nr. 3283., Bl. 8, Bl. 18-20, o.P., Bl. 34, Bl. 36, Bl. 47; Rundschreiben 9.11.1943; NHStAH Hann 122 a Nr. 3282, Bl. 12.

28 Wie Anm. 25 und Ausländerliste 1940-1946, StadtAGö Geismar Nr. 716. Vgl. Budraß 1998, S. 665-669.

den Deutschen abhängiges Marionettenregime regierte. Die kroatischen und die meisten anderen nichtserbischen Kriegsgefangenen wurden daraufhin entlassen, etwa 110 000 serbische Kriegsgefangene jedoch nach Deutschland zum Arbeitseinsatz transportiert. Dieser Arbeitseinsatz erfolgte vor allem in der Landwirtschaft und so lassen sich in Göttingen-Stadt serbische Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz nicht nachweisen, wohl aber wurden einzelne serbische Kriegsgefangene aus dem Umland in der Göttinger Universitätsklinik behandelt. Serbische Zivilarbeiter gab es dagegen sehr wohl in der Stadt Göttingen, wenn auch nicht in großer Zahl. Reichsweit betrug die Zahl der nichtkroatischen jugoslawischen, überwiegend serbischen Zivilarbeiter nicht mehr als 100 000, und in Göttingen selbst werden es über die gesamte Zeit gerechnet nur einige hundert gewesen sein. Die Serben waren vor allem in den Aluminiumwerken (spätestens seit Februar 1942) und die meisten von ihnen wieder bei der Reichsbahn eingesetzt.<sup>29</sup>

Auffällig ist, dass eine größere Anzahl von Serben bei verschiedenen Göttinger Bäckern und auch bei Schuhmachern arbeitete. Bezogen auf die mittelständischen Göttinger Betriebe beschäftigte die Schlosserei und Ofenbauerei Albert Metje, wo während des Krieges vor allem Industrieöfen hergestellt wurden, die größte Gruppe von serbischen Zivilarbeitern. Allein neun Serben sind bei dieser Firma namentlich nachgewiesen, der erste kam im September 1942, der letzte am 26. Mai 1944. Hochrechnungen bezogen nur für eine einzelne Firma sind problematisch, aber man kann wohl davon ausgehen, dass diese neun Serben bei Metje eine Gruppe von insgesamt mindestens 20 serbischen Arbeitern repräsentieren.<sup>30</sup>

Von den 40 Serben in Göttingen, für die die Quellen entsprechende Einträge enthalten,<sup>31</sup> wurden fünf als »geflohen« gemeldet und insgesamt vier verhaftet bzw. der Gestapo übergeben, wegen »widersetzlichen Verhaltens« ins KZ eingewiesen oder waren vor der Arbeitsaufnahme in Göttingen im Gefängnis gewesen. Das ist – nach meinem jetzigen Kenntnisstand – bezogen auf die Gesamtgruppe ein so hoher Prozentsatz (deutlich über 20 %) wie in keiner anderen Nationalitätengruppe.<sup>32</sup> Darin spiegelt sich der erbitterte

29 Vgl. Spoerer 2001, S. 66-68; wie Anm. 25 und Liste ausländischer Patienten der Göttinger Chirurgie während der Kriegsjahre, zusammengestellt von Mitarbeitern des Instituts für Ethik und Geschichte der Medizin, Stand Oktober 2002 (diese Liste wurde mir freundlicherweise zur Verfügung gestellt).

30 Einwohnermeldekarten, StadtAGö; Register Fremdenpässe, StadtAGö Ordnungsamt acc. 1047/1991 Nr. 258; Pol.Dir. Fach 124 Nr. 15, StadtAGö.

31 Namentlich bekannt sind 51 Serben, doch 11 von ihnen sind nur durch einen Eintrag im Register Fremdenpässe, StadtAGö, Ordnungsamt acc. 1047/1991 Nr. 258 bekannt, in dem spätere Flucht oder Haft nicht vermerkt wurde.

32 Einwohnermeldekarten, StadtAGö; Aufenthaltsanzeigen für Ausländer, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr. 15.

Widerstand, mit dem die deutschen Arbeitseinsatzbehörden auch vor Ort in Serbien zu kämpfen hatten: Tausende von Serben flohen von den ihnen zugewiesenen Arbeitsplätzen, viele von ihnen schlossen sich den Partisanen an. Ab Mitte 1943 wurden nicht nur Männer, die der Unterstützung von Partisanen verdächtig waren, zwangsweise nach Deutschland verschickt, sondern – wegen des hohen Arbeitskräftebedarfs – auch gefangen genommene Partisanen nicht mehr zwangsläufig hingerichtet, sondern statt dessen ins Reich verschickt. Man kann davon ausgehen, dass diese ehemaligen Partisanen auch auf ihren deutschen Arbeitsplätzen besonders »widersetzlich« waren.<sup>33</sup>

Seine eigentliche brutale Dynamik entfaltete der Zwangsarbeitereinsatz nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941, dem wissentlich in Kauf genommenen Massensterben der sowjetischen Gefangenen (60 % der bis Ende 1941 in deutsche Gefangenschaft geratenen über 3,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen kamen ums Leben) und den am 2. Februar 1942 veröffentlichten sog. Ostarbeitererlassen, die dem wegen des eklatanten Arbeitskräftemangels unabwendbaren Einsatz sowjetischer Zivilarbeiter einen organisatorischen Rahmen gaben.<sup>34</sup>

Da wie wir oben gesehen haben, größere Gruppen von Zivilarbeitern aus den westlichen Ländern erst Ende 1942/1943 kamen,<sup>35</sup> arbeiteten in Göttingen – bevor die ersten »Ostarbeiterinnen« im Sommer 1942 eintrafen – nur französische Kriegsgefangene,<sup>36</sup> die genannten holländischen Bahnarbeiter, die belgischen Umschüler und die serbischen Rüstungsarbeiter; weiterhin natürlich Tschechen<sup>37</sup> und seit Juni 1941 eine Gruppe von italienischen Bau-

33 Spoerer 2001, S. 68 f. Ab Herbst 1943 kamen auch griechische Zivilarbeiter nach Deutschland (Spoerer 2001, S. 70); in Göttingen konnten jedoch nur ein griechischer Zwangsarbeiter im Mai 1943 bei der Faserholz GmbH nachgewiesen werden und ein weiterer bei der Reichsbahn schon im November 1941; letzterer kam allerdings aus Belgien nach Göttingen. Siehe Faserholz GmbH an Beauftragten für die Forst- und Holzwirtschaft 8.5.1943, StadtAGö Forstamt 134.00c Az (PA Nr. 1 Hä), o.P.; entsprechende Einwohnermeldekarte, StadtAGö.

34 Herbert 1986, S. 134-139; zum Inhalt der Ostarbeitererlasse, die sich stark an die Bestimmungen der Polenerlasse anlehnten, siehe Herbert 1985, S. 156. Auch die »Ostarbeiter« mussten ein Abzeichen tragen: einen blauen rechteckigen Aufnäher mit der weißen Aufschrift »Ost«.

35 Mitte 1942 hatte man auch die Anwerbungspraxis in den westlichen Ländern verschärft, und es wurden auch in diesen Ländern Rekrutierungszahlen festgelegt. Vgl. dazu Herbert 1986, S. 130 f., S. 140; Herbert 1985, S. 99, S. 180-184.

36 Bei der Wehrmacht, in Rüstungsbetrieben (Phywe, Sartorius, in den Aluminiumwerken), in städtischen Betrieben, bei den Kohlenhändlern und ab 1941 auch bei der Reichsbahn.

37 Tschechen arbeiteten nur noch vereinzelt in Rüstungsbetrieben, dafür ab 1941 vor allem bei der Reichsbahn.

arbeitern<sup>38</sup> für die Baufirma Heinrich Dawe auf einer Baustelle bei den Optischen Werken Schneider & Co, die erst 1936 gegründet worden waren und während des Krieges umfangreiche Ausbaumaßnahmen durchführen ließen. Seit 1940/41 waren auch zunehmend mehr polnische Zwangsarbeiter in Göttingen: Polen wurden allerdings zu diesem Zeitpunkt in Göttingen nicht in Rüstungsbetrieben eingesetzt,<sup>39</sup> sondern ausschließlich bei Baufirmen (neben der Gleisbaufirma Keim beispielsweise bei der Baufirma Schönewolf), bei der Reichsbahn, in Holzwerken wie der Firma Faserholz (Zellstoffherstellung) oder Vohl & Söhne (Tankholzbereitung), auch in den städtischen Betrieben und vor allem bei den Kohlenhändlern.<sup>40</sup>

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion kam dann im Oktober 1941 als erstes eine größere Gruppe aus den von der Sowjetunion 1939 annektierten ehemals ostpolnischen Gebieten der Ukraine. Insgesamt waren dies um die 60 Arbeiter, die – wie die Polen – den Göttinger Kohlenhändlern und der Reichsbahn zugewiesen wurden. Ein vergleichsweise kleinerer Teil von ihnen war als Polen und der Rest als Ukrainer ausgewiesen. Dabei handelte es sich um Westukrainer, die als »Polen ukrainischen Volkstums« galten, weil ihre Heimat dem polnischen Generalgouvernement eingegliedert worden war. Die Westukrainer waren formal den Polen gleichgestellt, auch wenn diese ausdifferenzierten »ethnischen« Unterscheidungen der NS-Zwangsarbeiterhierarchie mit Fortschreiten des Krieges häufig wenig beachtet und viele Ukrainer wie »Ostarbeiter« behandelt wurden. Die ersten Ukrainer aber galten in Göttingen offensichtlich als »Polen« und wurden sowohl bei der Reichsbahn (Wohnbaracke, Güterbahnhofstraße 9) als auch bei den Kohlenhänd-

38 Im Oktober 1941 kamen dann auch noch italienische Eisenbahnarbeiter zur Firma Fritz Keim.

39 Dies änderte sich erst gegen Ende des Krieges (ab Mitte 1944), als sich für Göttingen einzelne Polen auch beispielsweise in den Aluminiumwerken und beim Flakzeugamt nachweisen lassen. Das Flakzeugamt unterhielt ab Ende 1944 ein eigenes Polenlager.

40 Polinnen waren in erster Linie in den landwirtschaftlichen Betrieben in Geismar, Grone und Weende beschäftigt, wo die meisten Polen (Männer wie Frauen) beschäftigt waren, aber auch in Gaststätten und in deutschen Haushalten. Alle Angaben des vorigen Absatzes aus Quellen wie in Anm. 25; dazu noch StadtAGö Bauamt Abt. I Fach 16 Nr. 48 und Nr. 52, passim; Ausländerliste 1940-1946, StadtAGö Geismar Nr. 716; Berichte 24.12.1941-13.4.1944, Berichte 2. und 5.5.1942, Berichte 22.12.1943 und 4.1.1943, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr. 2, Bl. 438-444, Bl. 457, Bl. 471; StadtAGö Personalamt Nr. 315 passim; StadtAGö Forstamt 134.00c Az (PA Nr. 1 Hä), passim; Zeitzeugenaussagen PolInnen, StadtAGö Sa. 32 – Sammlung Tollmien; Liste aller ausländischen Beschäftigten 1939-1945 AOK Duderstadt (diese Liste wurde mir in Auszügen freundlicherweise von Günther Siedbürger zur Verfügung gestellt); Baranowski 1995, S. 14, S. 96 f.

lern während des gesamten Krieges gemeinsam mit Polen untergebracht. Die Kohlenhändler nutzten anfänglich (ab Dezember 1941) einen Saal in der Gastwirtschaft Thüringer Hof (Saal Dietzel, Angerstraße 3 b) als Lager. Nachdem dieser Ende 1942 wegen Ungeziefer und Unsauberkeit durch das Gesundheitsamt geschlossen worden war, waren sie dann allerdings gezwungen, eine neue Baracke aufzustellen. Diese wurde an der Groner Landstraße errichtet und firmierte nach ihrer rückwärtigen Adresse als Lager »Hasengraben 22«. <sup>41</sup>

Weil ein Teil der Ukrainer die deutschen Besatzer als vermeintliche Befreier begrüßt hatte und viele von ihnen im Laufe des Krieges zu Kollaborateuren wurden, geht man in der Regel davon aus, dass zumindest die ersten ukrainischen Arbeiter, die während des Krieges nach Deutschland kamen, »Freiwillige« waren. Dies ist, wenn überhaupt, nur die halbe Wahrheit. Von Zeitzeugen wissen wir, dass in der Ukraine auch schon im Herbst 1941 ganze Dörfer aufgefordert wurden, bestimmte Kontingente von Arbeitern für den Reichseinsatz zu stellen. Wer sich nicht freiwillig meldete, wurde dennoch nach Deutschland geschickt, bekam aber eine schlechtere Arbeitsstelle, die Familie war Repressalien ausgesetzt und vor allem die sowieso sehr prekäre Versorgung der Zurückgebliebenen mit Lebensmitteln war gefährdet. Bei der deutschen Besatzungsbehörde oder in Deutschland selbst Arbeit zu suchen, war für die meisten Ukrainer die einzige Überlebenschance. <sup>42</sup>

Gleiches trifft in noch viel stärkerem Maße für die ersten »Ostarbeiter« und »Ostarbeiterinnen« zu, die Anfang 1942 den Versprechungen der deutschen Werber glaubten und sich »freiwillig« zum Arbeitseinsatz nach Deutschland meldeten – so wie wahrscheinlich auch eine Gruppe junger Frauen aus Charkow, die im April 1942 nach Göttingen zur Großwäscherei Schneeweiß kamen. Die damalige Lagerleiterin bestand noch im Jahre 2000 in einem Interview darauf, dass es sich dabei um »Freiwillige« gehandelt habe. Wenn man dies nicht als bloße Schutzbehauptung abtun will, kann man wohl davon ausgehen, dass diese insgesamt 20 jungen Frauen mit ihrer Meldung zum Arbeitseinsatz wie tausend andere auch den durch die Untätigkeit der deutschen Militärbehörden verursachten in Charkow besonders

41 Spoerer 2001, S.72 f.; Einwohnermeldekarten, StadtAGö; Kontrolle 5.2.1942-22.12.1942, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr.2, Bl. 449, Bl. 451, Bl. 471; Anträge, Pläne Genehmigung 9.10.1942-29.6.1943, StadtAGö Baupolizei XX B Fach 112 Nr.68, o.P. Darüber hinaus war in Göttingen nur noch bei Vohl & Söhne und bei Feinprüf jeweils eine Gruppe von Zwangsarbeitern explizit als Ukrainer ausgewiesen; einzelne (West-)Ukrainerinnen arbeiteten außerdem seit Oktober 1941 in den Göttinger Gaststätten. Einwohnermeldekarten, StadtAGö; Statistiken August/September 1944, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr.2, Bl. 541 f., Bl. 544-547.

42 Zeitzeugenaussagen WestukrainerInnen, StadtAGö Sa. 32 – Sammlung Tollmien; vgl. auch Müller 1991, S. 235.

katastrophalen Zuständen zu entkommen versucht hatten. Ob ihre Enttäuschung über das, was sie in Deutschland vorfanden, ebenso groß war wie bei den meisten »freiwilligen« »Ostarbeitern« wissen wir nicht.<sup>43</sup> Wir wissen lediglich, dass die deutschen Besatzungsbehörden schon im Laufe des Jahres 1942 die vorgebliche »Freiwilligkeit« mehr und mehr durch Maßnahmen ersetzten, die sie ganz offen selbst als »Sklavenjagden« bezeichneten: Menschenjagd auf offener Straße, Anzünden ganzer Dörfer, Androhung des Entzugs von Lebensmittelkarten und Einstellung von Unterstützungszahlungen bei »Arbeitsverweigerung« und gleichzeitig weitere Werbekampagnen für das »Arbeitsparadies« Deutschland – dieses System aus Versprechungen, sozialem Druck und brutalem Terror (in Polen bereits erfolgreich erprobt) erwies sich auch in den besetzten Gebieten der Sowjetunion als sehr wirkungsvoll.<sup>44</sup>

Allein nach Göttingen kamen während der gesamten Kriegszeit etwa 5 000 »Ostarbeiter«, die Hälfte davon waren (wie im Reichsdurchschnitt) Frauen. Letztere arbeiteten seit Frühsommer 1942 zum Beispiel in der Konservenfabrik Hillebrandt, in den Göttinger Textilfabriken (der Strickwarenfabrik Schöneis & Co und der Göttinger Leinenweberei), in den Universitätskliniken und in den Göttinger Rüstungsfirmen (in der Phywe, bei Sartorius, bei der Ruhstrat AG und in den Aluminiumwerken). Bei der Phywe und bei Sartorius arbeiteten ausschließlich »Ostarbeiterinnen«, bei Ruhstrat und in den Aluminiumwerken waren auch Männer eingesetzt. Auch bei der Reichsbahn waren seit Juni 1942 »Ostarbeiter« beschäftigt, ob zu diesem Zeitpunkt auch schon Frauen, ist nicht ganz klar.<sup>45</sup> Festzuhalten ist jedoch, dass nach Göttingen als erstes »Ostarbeiterinnen« kamen und, nachdem seit Oktober 1942 auch der Einsatz von »Ostarbeiterinnen« im privaten Haushalt erlaubt worden war, standen den Göttinger Hausfrauen auch sowjetische Dienstmädchen zur Verfügung. In mindestens 300 Göttinger Haushalten putzten und kochten »russische« Mädchen und versorgten – oft selbst noch halbe

43 Müller 1991, S. 237; Schörle 2000, S. 74; Einwohnermeldekarten, StadtAGö; Foto Arbeiterinnen aus Charkow bei Schneeweiß, StadtAGö Sa. 32 – Sammlung Tollmien; Lageraufnahme Belgischer Suchdienst 1949, NHStAH Film 3, Nr. 1466.

44 Herbert 1985, S. 158-162; Spoerer 2001, S. 74; Müller 1991, S. 239 f.

45 Zur Zahl der Göttinger »OstarbeiterInnen« siehe die Schätzungen am Ende dieses Artikels. Im übrigen Quellen wie Anm. 25; Zeitzeugenaussagen ehemaliger »Ostarbeiterinnen«, StadtAGö Sa. 32 – Sammlung Tollmien; Schreiben Sartorius 21.12.1942 StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr. 2, Bl. 472; Lageraufnahme Belgischer Suchdienst 1949, NHStAH Film 3, Nr. 1457, 1471; Entnazifizierungsakte, NHStAH Nds. 171 Hildesheim Nr. 17089; Liste ausländischer Arbeiter an den Universitätskliniken während der Kriegsjahre, zusammengestellt von Mitarbeitern des Instituts für Ethik und Geschichte der Medizin, Stand Mai 2002 (diese Liste wurde mir freundlicherweise zur Verfügung gestellt); Baranowski 1995, S. 42; Prüger 1988, S. 87.

Kinder – die deutschen Kinder. Nicht selten entstanden dadurch gegenseitige Bindungen, die mit Kriegsende abrupt abbrachen. Dennoch war die Hausarbeit keine Idylle, es gab nicht nur verbale, sondern auch körperliche Misshandlungen von »Ostarbeiterinnen« in den deutschen Familien, auch in Göttingen.<sup>46</sup>

Bis zum Herbst 1944 kamen regelmäßig Transporte von »Ostarbeitern« nach Göttingen. »Ostarbeiter« (Frauen wie Männer) waren in der gesamten gewerblichen Wirtschaft eingesetzt, auch in mittelständischen Betrieben: außer den schon erwähnten in der feinmechanischen Werkstatt von August Fischer, in der Metallwarenfabrik Hermann Boie, bei Zeiss-Winkel, in den optischen Werken Schneider & Co, bei Spindler & Hoyer, bei Vohl & Söhne und in verschiedenen Baufirmen; außerdem in den Schulen und beim Theater (als Putzfrauen und Bühnenarbeiter), in den städtischen Gas- und Wasserwerken, beim Luftschutzbau, im Luftwaffenbaulager der Wehrmacht und, als immer mehr Flüchtlinge nach Göttingen drängten, auch beim Behelfsheimbau.<sup>47</sup>

Mit dem Rückzug der deutschen Truppen aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion wurden noch einmal große Teile der Bevölkerung verschleppt, zumeist ganze Familien mit ihren Kindern: So kamen im Mai 1944 mehrere russische Familien (insgesamt wohl etwa 50 Personen) aus dem im Januar 1944 von den Deutschen geräumten lettischen Hafen Libau nach Göttingen zur Reichsbahn, darunter viele Kinder, auch drei- oder zweijährige Kleinkinder. Es ist wahrscheinlich, dass diese Familien schon in Libau für deutsche Betriebe, vielleicht für die »Deutsche Reichsbahn Ost«, Zwangsarbeit geleistet hatten.<sup>48</sup> Doch kam es in dieser dramatischen Schlussphase des Krieges

46 Herbert 1985, S. 175-177; Einwohnermeldekarten, StadtAGö; zu den Misshandlungen: Zeitzeugenaussagen Ostarbeiterinnen, StadtAGö Sa. 32 – Sammlung Tollmien. In manchen Fällen konnten die bei Kriegsende abgebrochenen Kontakte mit Beginn der Entschädigungszahlungen durch die im Jahre 2000 gegründete Bundesstiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« wiederhergestellt werden; in mehreren Göttinger Fällen auch mit Hilfe der Autorin; siehe die entsprechende Korrespondenz in StadtAGö Sa 32 – Sammlung Tollmien.

47 Wie Anm. 25 und 45; außerdem Beschäftigungslisten Spindler & Hoyer, StadtAGö Dep. 104 Nr. 223; Schreiben Schneider 10.11.1944, Ernährungsamt 4.11.1944, StadtAGö Ernährungsamt Nr. 62, o.P.; Meldung 27.4.1944, Bahnmeisterei 25.6.1944, Arbeitsamt Göttingen 14.9.1944, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr. 2, Bl. 508, 534, 549; Briefwechsel zwischen Aerodynamischer Versuchsanstalt und Bauunternehmer Fricke 23.3.1944-18.9.1944, Akte Prüfstand B3 Überschallkanal Nr. 711, Archiv der DLR, Göttingen (auf diese Dokumente hat mich freundlicherweise Günther Siedbürger hingewiesen). Vgl. auch Tollmien 2000, S. 39 f., S. 43 f.

48 Einige kamen erst später im Juli 1944 nach Göttingen, so dass es sich insgesamt um 60 Personen handelte. Einwohnermeldekarten, StadtAGö; Spoerer 2001, S. 76.



auch noch zu neuen Verschleppungen von Menschen, die zuvor noch nicht für die Deutschen gearbeitet hatten. Fast die Hälfte aller in Deutschland beschäftigten »Ostarbeiter« wurde erst 1943/1944 rekrutiert und während des deutschen Rückzugs machte ihr Anteil sogar zwei Drittel an der Gesamtzahl aller neu eingesetzten ausländischen Zwangsarbeiter aus. So wissen wir etwa durch Zeitzeugenaussagen, dass die im März 1944 den Aluminiumwerken zugewiesenen 80 »russischen«, in Wahrheit aus Weißrussland stammenden Familien erst zu diesem Zeitpunkt »mit Waffengewalt« zum Arbeitseinsatz in Deutschland gezwungen worden waren.<sup>49</sup> Auch in diesem Transport befanden sich mehrere Kinder, die jünger als zehn Jahre alt waren und alle bei den Aluminiumwerken arbeiten mussten. Zwei von ihnen erkrankten schwer an Fleckfieber bzw. kamen schon erkrankt zu den Aluminiumwerken. Insgesamt 15 Fälle dieser durch Läuse übertragenen Krankheit wurden 1944 in Göttingen gemeldet. Sie betrafen Transporte von »Ostarbeitern«, die im Februar 1944 zur Reichsbahn, im März 1944 zum Fliegerhorst und zu Feinprüf und im Mai 1944 zu Ruhstrat und zu dem Holzfuhrunternehmen Rannenberg gekommen waren. Einzelne Fleckfieberfälle waren in Göttingen auch schon 1943 aufgetreten; mindestens vier Menschen starben in Göttingen an Fleckfieber.<sup>50</sup>

Wenn man von den Toten durch Bombenangriffe absieht, dann waren Tuberkulose, Lungenentzündung und Fleckfieber die in den Göttinger Sterbebüchern verzeichneten häufigsten Todesursachen bei Zwangsarbeitern. Faktisch aber standen dahinter immer andere Ursachen: nämlich mangelnde Hygiene und – vor allem bei den »Ostarbeitern« – chronische Unterernährung bei Schwerarbeit.<sup>51</sup> Und dies waren auch die Gründe für

49 Müller 1991, S. 247; Zeitzeugenaussagen ehemaliger weißrussischer Kinderzwangsarbeiter, StadtAGö Sa. 32 – Sammlung Tollmien.

50 Zeitzeugenaussagen ehemaliger weißrussischer Kinderzwangsarbeiter StadtAGö Sa 32 – Sammlung Tollmien, Fleckfiebermeldungen 9.1.1943-23.5.1944, StadtAGö Pol.Dir. Fach 74 Nr. 6, Bl. 89-98, und NHStAH Hann 122 a Nr. 3317, Bl. 8, Nr. 3321, Bl. 27, 37, 53-55, 67, 69 f., 75 f., 78, 81, 85; Sterbebücher Göttingen, Geismar, Weende und Grone 1940-1945, Standesamt Göttingen.

51 Sterbebücher Göttingen, Geismar, Weende und Grone 1940-1945, Standesamt Göttingen. Die Auswertung der Sterbebücher und Friedhofslisten für Göttingen ist noch nicht abgeschlossen. Fest steht bisher nur, dass sowohl die Sterbebücher im Standesamt Göttingen als auch die Listen des Grünflächenamtes unvollständig sind; letztere sind zum Teil sogar untereinander widersprüchlich. Siehe dazu: Statistische Erfassung der Kriegsgräber o.D., Liste über durch Feindeinwirkung gestorbene Zivilpersonen vom 20.1.1954, StadtAGö, Grünflächenamt C 83, Nr. 9, o.P.; Liste der in der Zeit von 1.9.1939 bis 31.5.1945 auf dem Friedhof bestatteten Zivilarbeiter, Liste der auf dem Stadtfriedhof Göttingen beigesetzten und im Standesamt Göttingen registrierten Gefallenen des 2. WK, StadtAGö Grünflä-

die Todesfälle, die nicht in den Sterbebüchern verzeichnet sind und (sehr wahrscheinlich) auch nur unvollständig in den Listen der städtischen Friedhofsverwaltung: Spätestens seit November 1942, wahrscheinlich aber schon früher, unterhielten die Aluminiumwerke neben ihrem ebenfalls auf dem Betriebsgelände befindlichen Lager für französische Kriegsgefangene auch ein eigenes Lager für sowjetische Kriegsgefangene. In diesem Lager starben allein im November und Dezember 1942 mindestens 15 Gefangene. Auch im Lager Lohberg, wo spätestens seit April 1942 ebenfalls sowjetische Kriegsgefangene untergebracht waren, hatte es im August 1942 eine Reihe von Toten gegeben. Die Friedhofsverwaltung beschwerte sich bei der Lagerverwaltung der Wehrmacht, weil die Leichen nackt (ohne Sarg und Decke) »angeliefert« worden seien. Dies wurde allerdings nur deshalb moniert, weil sich zufällig anwesende (deutsche) Friedhofsbesucher daran hätten stören können.<sup>52</sup>

Da die entsprechenden Wehrmachtsunterlagen nicht erhalten sind, ist die Überlieferung zu den sowjetischen Kriegsgefangenen sehr lückenhaft. Wir wissen daher wenig über deren Lebensbedingungen und kennen auch nur einige ihrer Einsatzorte: Die Kriegsgefangenen aus dem Lager Lohberg arbeiteten ebenso wie diejenigen im Lager der Aluminiumwerke in den Jahren 1942 und 1943 zeitweise in einer städtischen Entladekolonne, die mit dem Entladen von Kohlewaggons für das Gaswerk beschäftigt war, und sie waren sowohl 1942 als auch im April 1944 für das Bauamt kurzzeitig beim Ausheben von Deckungsgräben eingesetzt. Außerdem waren natürlich bei der Reichsbahn sowjetische Kriegsgefangene im Einsatz (ein Lager befand sich in Geismar, im Saal der Gastwirtschaft Engelhardt und ein weiteres – allerdings nur kurzzeitig – im Groner Hof), und ein Kommando vom Lohberg (zwischen 40 und 50 Mann) arbeitete wahrscheinlich seit Sommer 1942 bei Feinprüf. Auch einer der Gefangenen aus diesem Kommando starb im Dezember 1942, und es gibt außerdem die Nachkriegsaussage eines deutschen Arbeiters, nach der bei Feinprüf die russischen Kriegsgefangenen von einem dort tätigen Vorarbeiter regelmäßig blutig geschlagen und mit Reißnägeln ins Gesäß gestochen worden seien.<sup>53</sup>

chenamt C 83 Nr. 156, Bl. 87-90, Bl. 128-130. Dennoch kann man nach heutigem Erkenntnisstand davon ausgehen, dass die Sterberate bei den zivilen Zwangsarbeitern in Göttingen unterdurchschnittlich war (nach den bisher vorliegenden Zahlen betrug sie sogar nur um die 2 %, während der Durchschnitt für alle im Reich eingesetzten zivilen Zwangsarbeiter bei etwa 6 % lag) und dass in Göttingen tragischerweise die meisten Zwangsarbeiter durch alliierte Bombenangriffe umkamen (mindestens 41 allein bei einem Bombenangriff am 1. Januar 1945). Vgl. dazu Spoerer 2001, S. 223, S. 229; Tollmien 1999, S. 215; und zur Säuglingssterblichkeit Tollmien 2004, S. 382.

52 Tollmien 2000, S. 48.

53 Tollmien 2000, S. 36, 40, S. 46 f. Lageraufnahme Belgischer Suchdienst 1949,

Erstmals aktenkundig waren sowjetische Kriegsgefangene in Göttingen übrigens im April 1942 geworden, als Stadtbaudirektor Otto Frey durch persönliche Vermittlung erreichte, dass das Heeresbauamt als »Ersatz« für die am 26. März 1942 deportierten 19 Juden der Göttinger »Judenkolonne«, die von Frühjahr 1941 bis zum 20. März 1942 als Zwangsarbeiter der Firma Drege für das Bauamt Hochwasserschäden an der Leine beseitigt hatten, zehn sowjetische Kriegsgefangene zur Verfügung stellte.<sup>54</sup>

Es hat sich eingebürgert, die Italiener als die letzten Opfer der deutschen Besatzungspolitik jeweils am Ende einer chronologischen Darstellung der Zwangsarbeiterdeportationen während des Zweiten Weltkriegs zu behandeln. Dabei unterstellt man, dass es sich bei den vor 1943 nach Deutschland gekommenen italienischen Arbeitern durchweg um Freiwillige aus einem verbündeten Land gehandelt habe. Dies entspricht allerdings nicht ganz den Tatsachen. Denn bereits seit März 1941 hatte die italienische Regierung systematisch Auskämmaktionen durchgeführt und einen Teil der italienischen Arbeiter zur Arbeit in Deutschland zwangsverpflichtet. Der Grund dafür war, dass Italien sein Zahlungsbilanzdefizit im Handel mit Deutschland durch die Lohnüberweisungen der italienischen Arbeiter in die Heimat auszugleichen versuchte. Dementsprechend arbeiteten denn auch vor dem Sommer 1941 – abgesehen von einigen am Städtischen Theater oder anderen Spielstätten tätigen Künstlern und Musikern – in Göttingen keine Italiener. Erst mit Beginn der Auskämmaktionen kamen Mitte 1941 die oben schon erwähnten insgesamt ca. 120 italienischen Bauarbeiter nach Göttingen, zu denen sich im Laufe des Jahres 1942 dann noch einzelne Gartenarbeiter, Kellner und Hausmädchen hinzugesellten. Im Februar 1943 hatte sich die Zahlungsbilanz aufgrund der Lohnüberweisungen tatsächlich zugunsten von Italien verschoben, und Hitler musste mit Rücksicht auf Mussolini dem Abzug der italienischen Arbeiter aus Deutschland zustimmen. Die deutschen Behörden setzten jedoch alles daran, um diesen Abzug zu verzögern, und dies gelang ihnen weitgehend, bis der Sturz Mussolinis im Juli 1943 und die Unterzeichnung des Waffenstillstands mit den Alliierten im September 1943 die Situation grundlegend veränderte.<sup>55</sup> Im Oktober 1943 verfügten die deutschen Besatzer eine Arbeitspflicht für Männer im besetzten Nord- und

NHStAH Film 3, Nr. 1449, 1447, 1418; 2 Aktennotizen 4.7.1942, StadtAGö Bauamt Abt. I Fach 2 Nr. 34, o.P.; Reservelazarett an Städtischen Friedhof o.D., StadtAGö Grünflächenamt C 83 Nr. 156, Bl. 19; Aussagen 26.6.1946, 17.1.1947, Entnazifizierungsakte, NHStAH Nds. 171 Hildesheim Nr. 19651.

54 Diese arbeiteten allerdings nur etwa zehn Tage auf dieser Baustelle; siehe dazu Tollmien 2000, S. 29-36.

55 Spoerer 2001, S. 81 f.; Einwohnermeldekarten, StadtAGö; Aufenthaltsanzeigen, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr. 15; Arbeitskarten 27.1.1942, 13.5.1942, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr. 2, Bl. 448 v, Bl. 462.

Mittelitalien, die allerdings nicht sehr effektiv war. Dafür begab sich die Wehrmacht in den Gebieten Süd- und Mittelitaliens, die sie wegen des alliierten Vormarsches nach und nach räumen musste, schon seit September in bekannter Weise auf »Sklavenjagd«; und diese Aktionen wirkten sich auch direkt in Göttingen aus: Im Oktober und November 1943 kamen Südtaliener (in Göttingen vor allem aus Neapel und Umgebung) zur Reichsbahn, zu Feinprüf, zu den Aluminiumwerken, zu Schneider & Co und vor allem zu der Aktenordnerfabrik Emil Mehle & Co.<sup>56</sup>

Doch auch diese Aktionen brachten nicht genügend der in der Endphase des Krieges immer dringender benötigten Arbeitskräfte. Die Wehrmacht transportierte daher auch die nach dem Waffenstillstand gefangen genommenen italienischen Soldaten zum Arbeitseinsatz nach Deutschland. Man bezeichnete sie aus außenpolitischen Gründen kurzerhand als Militärinternierte (IMIs) und überführte sie im August 1944 dann – wie vier Jahre zuvor die polnischen Kriegsgefangenen – geschlossen in den Status von Zivilarbeitern, was ihren Arbeitseinsatz wegen des Wegfalls der Bewachung effektiver gestaltete. In Göttingen kamen ab Oktober 1943 über 150 IMIs zur Reichsbahn und etwa 90 zu den Aluminiumwerken.<sup>57</sup>

Dass die ehemaligen Verbündeten als »Verräter« gebrandmarkt in Deutschland besonders schlecht behandelt wurden, ist inzwischen hinlänglich bekannt. Dass dies auch in Göttingen nicht anders gewesen sein wird, zeigt der Tagebucheintrag des ehemaligen Berliner Bibliothekars Hermann Stresau, der seit Februar 1943 bei Schneider & Co dienstverpflichtet war. Er schrieb am 7.II.1943:

»In der Fabrik sind neue Gesichter aufgetaucht: Italiener: [sic!] Deutsche, Belgier und Franzosen schauen auf die armen Kerls, die »Makkaronis« mit einhelliger Verachtung herab. Zum guten Teil Südtaliener, gutmütige Burschen. Manche sehr zerlumpt, müssen erst Arbeitskleidung bekommen.«<sup>58</sup>

Wenn schon die harmlosen südtalientischen Bauern »einhellige Verachtung« hervorriefen, wie mag dies dann erst bei den ehemals verbündeten italienischen Soldaten, den IMIs, gewesen sein?

Nach den Zuweisungen im Oktober/November 1943 bekamen die Göttinger Betriebe kaum noch italienische Arbeitskräfte und wenn doch, so stammten diese zumeist aus anderen Einsatzorten innerhalb Deutschlands:

56 Bei der Reichsbahn ist die Herkunft aus Südtalien nicht gesichert, aber wahrscheinlich. Quellen wie Anm. 25; vgl. auch Spoerer 2001, S. 82 f.

57 Spoerer 2001, S. 83 f.; Handschriftliche Statistik vom 16.II.1942-31.12. 1945, Stadt-AGö Ernährungsamt Nr. 50, o.P.; Lageraufnahme Belgischer Suchdienst 1949, NHStAH Film 3, Nr. 1486. Vgl. auch Cajani 2001, S. 298 f.

58 Stresau 1948, S. 342.

So wurden zwei italienische Landarbeiterinnen, die ursprünglich in Ballenhausen gearbeitet hatten, nach einer abgeleiteten Gestaphaft zunächst der Bahnhofsgaststätte und Ende des Jahres 1943 dann der Privatklinik der Klinikdirektoren in der Goßlerstraße 5 zugewiesen. Eine Anforderung der Universitätsklinik von italienischen ehemaligen Sanitätssoldaten als Krankenpfleger blieb dagegen wohl ohne Erfolg. Das Heeresverpflegungsamt erhielt im November 1944 noch einige italienische Arbeiter aus den inzwischen bombardierten Junkerswerken in Dessau, und zur Baufirma Drege kam noch im März 1945 eine kleinere Gruppe ehemaliger IMIs aus einem Lager der Ziegelwerke in Rosdorf.<sup>59</sup>

Untergebracht waren die Zwangsarbeiter in der Stadt Göttingen – wie beschrieben – zunächst nur in Gasthäusern und vereinzelt in Gebäuden auf dem Firmengelände wie etwa schon zu Beginn des Krieges bei der Firma Keim, oder später bei Mehle, bei der Firma Boie und in den Universitätskliniken.<sup>60</sup> Gegen Ende des Krieges wird es in Göttingen (einschließlich der genannten Dörfer) wohl kaum noch eine Gaststätte mit einem größeren Saal gegeben haben, die nicht mit ausländischen Arbeitern belegt war. In den ehemaligen Tanzsälen waren dabei vor allem französische Kriegsgefangene, Polen und Ukrainer untergebracht, Holländer und Flamen zum Teil auch in den Gastzimmern, die dann allerdings immer mit mehreren Personen belegt waren. Vor allem die Reichsbahn mietete Gasthäuser in Göttingen und Umgebung für ihre Zwangsarbeiter: das Gasthaus Sültebeck (Tschechen, Polen, Holländer, Belgier, Italiener), das Gasthaus Zur Ratte in der Groner Landstraße 6 (Tschechen, Holländer, Polen), die Gastwirtschaft von August Meyer im Papendiek 1 (Tschechen, Polen) und die Gastwirtschaft Hege-mann im Papendiek 9 (Holländer), die Gastwirtschaft Brauner Hirsch in der Zindelstraße 5 (Franzosen, Holländer), den Frankfurter Hof in der Kurzen Geismarstraße 3, die Bahnhofsgaststätte und das Stadtkaffee (Grätzelhaus) in der Goetheallee 8 (alle Holländer), die Gastwirtschaft Engel in der Roten Straße 13 (Tschechen, Franzosen, Holländer und Belgier, Polen, Ukrainer), das Gasthaus Zur Linde in Geismar (Tschechen, Franzosen, Wallonen), den Saal des Gasthauses Engelhardt in Geismar (Sowjetische Kriegsgefangene), das Gesellschaftshaus Weende (Tschechen, Holländer), den Weender Hof (Franzosen, »Ostarbeiter« und Serben) und den Groner Hof (Franzosen, dann kurzzeitig sowjetische Kriegsgefangene und dann wieder Zivilarbeiter, nacheinander: Polen, Italiener, einzelne Serben und »Ostarbeiter«).<sup>61</sup>

Auch andere Betriebe nutzten Gasthäuser als Zwangsarbeiterlager: So waren die französischen Arbeiter von Sartorius in dem direkt neben dem

59 Einwohnermeldekarten; Rundbrief 31.10.1944, Regierungspräsident 17.11.1944, NHStAH Hann 122 a Nr. 3282, Bl. 16.

60 Die Frauenklinik beispielsweise benutzte ihr ehemaliges Waschhaus als Lager.

61 Die obige Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Weitere Gasthäuser

Werk gelegenen Gasthaus »Zur Erholung« untergebracht und das Textilunternehmen Göttinger Leinenweberei betrieb ein Lager für »Ostarbeiterinnen« in der neben dem Betrieb gelegenen »Stegemühle«. Als Mitte 1944 viele Textilunternehmen als nicht kriegswichtig zwangsweise geschlossen wurden, übernahm übrigens Sartorius die gesamte Produktionsstätte einschließlich der sowjetischen Zwangsarbeiterinnen von der Leinenweberei.<sup>62</sup>

Der Barackenbau für die zivilen Zwangsarbeiter kam dagegen nur langsam in Gang. Einzig die Reichsbahn richtete schon im Juli 1940 eine »Wohnbaracke« an der Güterbahnhofstraße ein, die zunächst mit Tschechen, später dann mit Polen und Ukrainern belegt war. Erst 1942 begannen verschiedene Göttinger Firmen, einzelne Baracken auf ihrem Firmengelände aufzustellen, so etwa die Firma Schneeweiß für die Ukrainerinnen aus Charkow oder auch das Textilunternehmen Schöneis, das im April 1942 eine Baracke ebenfalls für »Ostarbeiterinnen« errichtete, die allerdings ab August 1943 von der Firma Winkel für in Zivilarbeiter umgewandelte ehemalige kriegsgefangene Franzosen genutzt wurde.<sup>63</sup>

Nach den »Ostarbeitererlassen« vom Februar 1942 aber zwang der zu erwartende bzw. erhoffte massenhafte Zustrom von Zwangsarbeitern aus der Sowjetunion zu gemeinsamem Handeln. Die Göttinger Industriebetriebe schlossen sich daher als »Küchenvereinigung e.V.« zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, wie sie auch in anderen Städten bestand, um den Zwangsarbeitereinsatz effektiv und kostengünstig zu organisieren. Der etwas seltsam anmutende Name »Küchenvereinigung« erklärt sich daraus, dass sich dieselben Firmen bereits 1941 in einem »Verein Gemeinschaftsküche« organisiert hatten, der statt einzelner Betriebskantinen in den jeweiligen Firmen gemeinschaftlich die Volksküche in der Geiststraße betrieb. Später wurden

nutzte die Reichsbahn z.B. in Bovenden, Adelebsen, Nörten Hardenberg und Northeim. Auch von dort kamen Reichsbahnzwangsarbeiter zum Arbeiten nach Göttingen. Quellen: Einwohnermeldekarten, StadtAGö; Statistiken August/September 1944, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr. 2, Bl. 541 f., Bl. 544-547; Lageraufnahme Belgischer Suchdienst 1949, NHStAH Film 3; Dawe 1987, S. 302.

62 Entnazifizierungsakte NHStAH Nds. 171 Hildesheim Nr. 17089; Eintrag 12.12.1942, 12.9.1944 Ausländerliste, StadtAGö, Geismar Nr. 716; Zeitzeugenaussagen ehemaliger »Ostarbeiterinnen«, StadtAGö Sa. 32 – Sammlung Tollmien; BKK Sartorius, Liste der »Ostarbeiter« und »Ostarbeiterinnen«, in: Schörle 2000, o.S. (zwischen S. 54 und 55); Bruns-Wüstefeld 1997, S. 198. Siehe zu Sartorius auch den Beitrag von Eckart Schörle in diesem Band.

63 Lageraufnahme Belgischer Suchdienst 1949, NHStAH Film 3, Nr. 1466; Einwohnermeldekarten, StadtAGö; Betriebsdatei Winkel, StadtAGö Kleine Erwerbung Nr. 192; Lageplan 28.4.1942, StadtAGö Baupolizei XX B Fach 112 Nr. 391 Bd. 1; Zeitzeugenaussagen Westukrainer, StadtAGö Sa. 32 – Sammlung Tollmien.

aus dieser Küche teilweise auch die Zwangsarbeiter versorgt.<sup>64</sup> Nun tat man sich unter Federführung der Aluminiumwerke in bewährter Weise unter nur leicht verändertem Namen auch bei der Unterbringung und Versorgung der Zwangsarbeiter zusammen und errichtete auf dem Schützenplatz ein großes Barackenlager für »Ostarbeiter« und auf der »Eiswiese« am Sandweg ein weiteres für »Westarbeiter«. Die Lager, die beide Ende Oktober 1942 erstmals belegt waren, wurden im Laufe der Jahre mehrfach erweitert, wobei aus den Akten nicht ganz klar wird, ob wirklich alle Planungen immer realisiert wurden: Das Lager Schützenplatz – geteilt in ein Frauen- und in ein Männerlager – bestand insgesamt wohl aus mindestens zehn, wahrscheinlich aber bis zu zwanzig Holzbaracken mit im August 1944 fast 1000 Insassen; das Lager Eiswiese, in dem im Laufe des Krieges neben Franzosen, Holländern, Belgiern, Tschechen und Serben auch Polen und einzelne »Ostarbeiterinnen« untergebracht waren, aus mindestens vier Holz- und drei Steinbaracken, wahrscheinlich aber aus insgesamt mindestens neun Wohnbaracken. In beiden Lagern gab es jeweils eine Waschbaracke und ein Gebäude für die »Ordnungswachen«. Das Lager Schützenplatz war mit Stacheldraht umzäunt und wurde auch von Hunden bewacht, das Lager Eiswiese wurde nur durch den zivilen Wachdienst gesichert. Nach einer Statistik vom August/September 1944 soll das Lager Eiswiese nur mit etwa 200 Personen belegt gewesen sein, eine Nachkriegsangabe spricht dagegen von insgesamt 500 Insassen. Die Gesamtzahl der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die diese beiden Lager jeweils durchlaufen haben, ist nicht ermittelbar, doch wissen wir, dass die »Küchenvereinigung« im November 1942 zunächst für etwas über 1 100 und kurz vor Ende des Krieges, am 2. April 1945, dann für insgesamt 2 800 Zwangsarbeiter zuständig war.<sup>65</sup>

64 Am »Verein Gemeinschaftsküche« waren 1941 beteiligt: die Aluminiumwerke, Ruhstrat, Sartorius, die Firma Wilhelm Lambrecht, die Tuchfabrik Eberwein, die Göttinger Leinenweberei und Schöneis. Zur »Küchenvereinigung e.V.« stießen später weitere Firmen dazu. In einem Nachkriegsschreiben wird die »gesamte Göttinger Industrie« als Mitglied der Küchenvereinigung bezeichnet. Sitzung 4.3.1941, StadtAGö AHR I A Fach 11 Nr. 55; Chronik 4.3.1941; Küchenvereinigung 7.5.1945, StadtAGö Bauamt Abt. I Fach 1 Nr. 26 Bd. 1, o.P. Vgl. auch Tollmien 2000, S. 15-17.

65 StadtAGö Bauamt Abt. I Fach 16 Nr. 49, passim; Oberbürgermeister 15.4.1943, StadtAGö Bauamt Abt. I Fach 16 Nr. 54, o.P.; erste Planungen Schützenplatz und Eiswiese Juni 1942, StadtAGö Bauamt Abt. I Fach 1 Nr. 26 Bd. 2, o.P.; StadtAGö Pol.Dir. Fach 112 (Baupolizei) Nr. 182, passim (enthält einen Plan des Lagers Eiswiese vom März 1944 mit 9 größeren und 3 kleineren Baracken); Handschriftliche Statistik vom 16.11.1942-31.12.1945, StadtAGö Ernährungsamt Nr. 50, o.P.; Statistiken August/September 1944, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr. 2, Bl. 541 f., Bl. 544-547; Lagerliste 12.7.1945, StadtAGö Bauamt Abt. I Fach 2 Nr. 35; Lagerliste vom 15.5.1945, StadtAGö AHR I A Fach 48 Nr. 3, Bl. 123; Lageraufnahme Bel-

Vor der Einrichtung der Lager Schützenplatz und Eiswiese hatte es in Göttingen größere Barackenlager nur für die französischen Kriegsgefangenen gegeben: das seit August 1940 auf dem Lohberg bestehende Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht, mit 30 Baracken insgesamt das größte Göttinger Lager, und das im Mai 1941 eingerichtete Kriegsgefangenenlager bei den Aluminiumwerken.<sup>66</sup> Das Lager bei den Aluminiumwerken wurde im Laufe des Krieges mehrfach erweitert und bestand schließlich aus mindestens acht Baracken und einem festen Gebäude. Untergebracht waren dort neben den französischen, auch sowjetische Kriegsgefangene und italienische Militärinternierte (insgesamt mehr als 500 Insassen). Ab März 1942 gab es in diesem Lager dann auch einzelne französische Zivilarbeiter und ab Sommer 1943 auch holländische Zwangsarbeiter, von denen allerdings ein großer Teil im September 1943 in das Lager Eiswiese verlegt wurde, und seit Sommer 1942 kamen zunächst einzelne »Ostarbeiterinnen« und seit März 1944 dann die oben bereits erwähnten weißrussischen Familien ebenfalls in das Lager Aluminiumwerke.<sup>67</sup>

Auch Ruhstrat, obwohl wie die Aluminiumwerke Mitglied der »Küchenvereinigung«, baute im Sommer 1942 ein ursprünglich nur für etwa zehn französische Kriegsgefangene ausgelegtes Lager zu einem großen »Ostarbeiterlager« aus. Das Lager war insofern eine Besonderheit, als es in einer ehemaligen Lehmgrube der alten Göttinger Ziegelei in den Leinewiesen an der Groner Landstraße (unterhalb der heutigen Jheringstraße) angelegt wurde. Die dort untergebrachten über 200 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen (auch dies war ein gemischtes Frauen- und Männerlager) blickten, wenn sie ihre Baracken verließen, auf nackte Lehmwände und mussten den Kopf in den Nacken legen, um den Himmel zu sehen. Die fünf (mit der Unterkunft für die Wachmannschaften und der Baracke für die Franzosen insgesamt sieben) Baracken des Lagers »Tonkuhle« waren wegen der Feuchtigkeit auf Holzklötzen aufgebockt. Dieses ebenfalls dauernd bewachte und mit

gischer Suchdienst 1949, NHStAH Film 3, Nr. 1467, 1453; BKK Sartorius, Liste der Ausländer, in: Schörle 2000, o.S. (zwischen S. 54 und 55).

66 Aktennotizen 25.7.1940, Stadtverwaltung an Regierungspräsident 31.8.1940, Aktennotizen 3.12.1940, 11.12.1940, 13.2.1941, StadtAGö Bauamt Abt. I Fach 16 Nr. 48, o.P.; Gnade 10.5.1941, StadtAGö Bauamt Abt. I Fach 16 Nr. 52, o.P.; StadtAGö Bauamt Abt. I Fach 16 Nr. 53 Bd. 1, passim; Lageraufnahme Belgischer Suchdienst 1949, NHStAH Film 3, Nr. 1449; Gesprächsnotiz 1.11.1989, Notiz vom 19.8.1992 zu Fotos vom Kriegsgefangenenlager Lohberg, Städt. Museum Göttingen; Interessengemeinschaft »Garnisonsstadt Göttingen e.V.« 1992, S. 28-32; Baranowski 1995, S. 14, S. 96.

67 Lageraufnahme Belgischer Suchdienst 1949, NHStAH Film 3, Nr. 1486; Zeitzeugenaussagen ehemaliger weißrussischer Kinderzangsarbeiter, StadtAGö Sa. 32 – Sammlung Tollmien.



Stacheldraht umzäunte Lager war – nach allen vorliegenden Zeitzeugenaussagen – bei den »Ostarbeitern« besonders gefürchtet.<sup>68</sup>

Das größte Barackenlager für zivile Zwangsarbeiter unterhielt in Göttingen die Reichsbahn. Auf dem Gelände nördlich des Schützenplatzes (zwischen Maschmühlenweg und Leinekanal) befanden sich eigentlich zwei Reichsbahnlager: Das Lager unmittelbar südlich der Gaststätte Maschmühle firmierte unter dem Namen »Lager Masch«, ein südlich davon gelegenes, kleineres wegen der nahe gelegenen Kleingärten als Lager »Grüngürtel« oder »Lager Sportplatz«. Da beide Lager sehr nah beieinander lagen, gehen die Bezeichnungen in den Quellen häufig jedoch durcheinander. Das Lager Masch existierte wie das Lager Schützenplatz seit Sommer 1942, das Lager Grüngürtel, ursprünglich wohl als reines Frauenlager geplant, spätestens seit Dezember 1942. Das Lager Masch bestand aus mindestens 20 Baracken, für das Lager Grüngürtel sind nur zwei Baracken nachgewiesen, es können aber durchaus mehr gewesen sein. Im August 1944 waren in beiden Lagern gemeinsam über 350 »Ostarbeiter«, um die 20 Polen und über 80 »Westarbeiter« untergebracht. In einer Nachkriegsangabe ist die Gesamtbelegzahl für das Lager Masch mit 600 und für das Lager Grüngürtel noch einmal mit 50 angegeben.<sup>69</sup>

Ein weiteres großes Barackenlager befand sich auf dem Gelände des Flakzeugamtes in Göttingen Grone auf dem Egelsberg (Königsallee). Es war Anfang 1943 für die oben erwähnten französischen Zivilarbeiter und die im Mai 1943 eintreffenden holländischen Studenten errichtet worden. Gegen Ende des Krieges waren im Lager Flakzeugamt auch Polen und »Ostarbeiterinnen« untergebracht.<sup>70</sup>

Insgesamt gab es also in Göttingen – wenn man die beiden Reichsbahnlager Masch und Grüngürtel/Sportplatz zusammenfasst – sieben größere

68 Lageraufnahme Belgischer Suchdienst 1949, NHStAH Film 3, Nr. 1470; Zeitzeugenaussagen ehemaliger »Ostarbeiter«, StadtAGö Sa. 32 – Sammlung Tollmien; Handschriftliche Statistik vom 16.11.1942-31.12.1945, StadtAGö Ernährungsamt Nr. 50, o.P.

69 Lageraufnahme Belgischer Suchdienst 1949, NHStAH Film 3, Nr. 1450 (dort ist unzutreffenderweise angegeben, dass dort nur Westarbeiter untergebracht gewesen seien) und Nr. 1457 (dass dort nur Frauen untergebracht gewesen seien, stimmt ebenfalls nicht); Statistiken August/September 1944, StadtAGö Pol.Dir. Fach 124 Nr. 2, Bl. 541 f., Bl. 544-547; Besprechungen 24.7.1945, 28.8.1945, StadtAGö Bauamt Abt. I Fach 1 Nr. 26 Bd. 1, o.P.

70 Wie Anm. 25 und 27; Chronik 1.1.1945; Zeitzeugenaussagen ehemaliger holländischer Zwangsarbeiter StadtAGö, Sa. 32 – Sammlung Tollmien. Den Kontakt zu den ehemaligen holländischen Studenten, die im Flakzeugamt oder in den Kliniken gearbeitet haben, verdanke ich Günther Siedbürger, der mir dankenswerterweise auch von ihm erstellte, von den ehemaligen holländischen Zwangsarbeitern ausgefüllte Fragebögen überlassen hat.

Barackenlager; dazu kamen mindestens 18 Gaststättenlager und 15 in Firmengebäuden oder von den Betrieben angemieteten Räumlichkeiten<sup>71</sup> eingerichtete Ausländerlager (einschließlich der Unterkünfte für Polen auf dem Kloostergut in Weende und der von mehreren Höfen genutzten sog. Polenkaserne in Geismar). Nicht berücksichtigt ist dabei, dass sich bei einzelnen Firmen wie etwa der schon erwähnten Ofensetzerei Metje, den Opelautohallen, der Schlosserei Bielefeld oder auch in dem von Ernst Breyel betriebenen Hotel Deutscher Hof und bei einigen größeren Höfen in Geismar durch die Aufnahme mehrerer Zwangsarbeiter Kleinstlager bildeten. Mindestens 16 weitere einzelne Baracken, zumeist direkt auf dem Firmengelände, waren ebenfalls noch in Göttingen aufgestellt. Rechnet man alles zusammen, so kommt man – nur mit Blick auf den Standort ohne Differenzierung nach Nationalitäten<sup>72</sup> – auf mindestens 56 Ausländerlager in Göttingen.<sup>73</sup>

Nicht in dieser Zahl enthalten, sind die drei Krankenbaracken, die 1943 in Göttingen errichtet wurden: Schon im März 1942 hatte das Reichsarbeitsministerium verfügt, dass wegen des als Folge der »Ostarbeitererlasse« vom Februar 1942 zu erwartenden massenhaften Zustroms von »russischen« Arbeitskräften und der damit verbundenen Seuchengefahr möglichst in der Nähe der Krankenhäuser Baracken für kranke »Ostarbeiter« aufzustellen seien. In Göttingen hatte es daher bereits im April 1942 Verhandlungen zwischen Arbeitsamt, Stadtverwaltung, Gesundheitsamt und Universität über den geeigneten Standort einer solchen Baracke gegeben. Diese Verhandlungen scheiterten jedoch zunächst, weil weder die Stadt noch die Universität eine solche Baracke verantwortlich betreiben wollte. Das Arbeitsamt schlug deshalb im Juni 1942 vor, die Krankenbaracke »an ein großes Lager der hiesigen Firmen

71 Beispielweise der von Feinprüf genutzte Gemeindesaal von St. Albani (siehe dazu den Beitrag von Eckart Schörle in diesem Band) und die Räume im Jugendheim in der Hospitalstraße 1 a oder die Villa auf dem Gelände der Heil- und Pflegeanstalt für die belgischen Umschüler.

72 Ein Lager enthielt oft mehrere Unterlager wie beispielsweise das oben beschriebene Lager bei den Aluminiumwerken, in dem die verschiedenen Nationalitäten natürlich getrennt voneinander untergebracht waren.

73 Wie Anm. 25 und Beschäftigungslisten Spindler & Hoyer, StadtAGö Dep. 104 Nr. 223; Ausländerliste 1940-1946, StadtAGö Geismar Nr. 716; Kloostergutpächter August Lohmann 1943-1944, StadtAGö Weende Nr. 1246; Korrespondenz Hans-Heinrich Lohmann 1945/46, StadtAGö Nr. 1247. Diese Zahl, obwohl sie schon deutlich über meiner ursprünglichen Schätzung von über 40 Lagern (Tollmien 1999, S. 206) liegt, ist nach wie vor lediglich eine Mindestzahl. Nicht berücksichtigt sind alle einzeln, »privat« oder direkt in kleinen oder mittelständischen Betrieben (wie Bäckern, Schuhmachern, kleinen Gasthäusern, Haushalten) untergebrachten Zwangsarbeiter(innen).

anzuschließen«<sup>74</sup> – damit war natürlich das Lager Schützenplatz der »Küchenvereinigung e.V.« gemeint, das sich damals gerade im Bau befand. Im August 1942 schaltete sich dann die Partei unter dem Göttinger Kreisleiter Dr. Thomas Gengler ein und propagierte in einer eigens einberufenen Sitzung, an der der Rektor und der Kurator der Universität, der Prodekan der Medizinischen Fakultät, die stellvertretenden Klinikleiter und ein Vertreter des Preußischen Staatshochbauamtes teilnahmen, einen »Notstand« in den Universitätskliniken »hervorgerufen durch Zusammenlegung fremdstämmiger Kranken (sic!), namentlich aus dem Osten, mit deutschen Kranken«.<sup>75</sup> Ergebnis der Besprechung war, dass die Universität einen Bauplatz am östlichen Ende des Universitätssportplatzes (der Sportplatz befand sich dort, wo heute das Geisteswissenschaftliche Zentrum der Universität steht) zur Verfügung stellte, und Gengler sich um die Bereitstellung von drei Baracken durch die Deutsche Arbeitsfront bemühte. Die Stadtverwaltung war an dieser Sitzung übrigens nicht mehr beteiligt, die Einrichtung der Krankenbaracken für die Göttinger Zwangsarbeiter wurde allein zwischen der NSDAP, den Universitätskliniken und der »Küchenvereinigung e.V.« verhandelt. Eine erneute, diesmal von der Gauleitung der NSDAP weitergeleitete und wahrscheinlich wie die erste von der NSDAP selbst lancierte Beschwerde Ende Dezember 1942 über die Zusammenlegung von Deutschen mit Ausländern in den Kliniken erzeugte den notwendigen Druck zur Beschleunigung des Verfahrens.<sup>76</sup>

Die Krankenbaracke wurde im Januar 1943 auf dem Universitätssportfeld aufgestellt und nahm Anfang Februar 1943 ihren Betrieb auf. Sie fasste etwa 60-70 Betten. Die offizielle Adresse dieser Baracke war Ludendorffring (das ist der Kreuzberggring) 20 b: »Einrichtung und der laufende Betrieb einschließlich der Verpflegung und der ärztlichen Versorgung« waren ausschließlich der »Küchenvereinigung«.<sup>77</sup> Doch war im Januar 1943 noch keine Klarheit über die ärztliche Oberleitung erzielt: Erste Überlegungen zielten auf den Kreisarzt, für die Pflege hielt man russische Feldscherer für ausreichend. Nach einigem Hin und Her erklärte sich die Universität schließlich bereit, dass »die Ärzte der Kliniken bei besonders schwierigen Krankheitsfällen beratend mitwirken«.<sup>78</sup> Faktisch war es dann so, dass die

74 Bericht 4.6.1942, StadtAGö Stadtkämmerei Handakten Claassen I/15 Nr. 49, o.P. Für die im Folgenden geschilderten Verhandlungen siehe die genannte Akte passim.

75 Sitzung 5.8.1942, StadtAGö Stadtkämmerei Handakten Claassen I/15 Nr. 49.

76 Regierungspräsident 29.12.1942, Kurator 8.1.1943, StadtAGö Stadtkämmerei Handakten Claassen I, 15, Nr. 49. Vgl. auch Frewer/Gottschalk/Zimmermann 2001, S. 22.

77 Kurator 8.1.1943, StadtAGö Stadtkämmerei Handakten Claassen I/15, Nr. 49.

78 Ebd.



*Abb. 1: Die Krankenbaracke am Ludendorffring 20 b (Sportfeld der Universität) – Aufnahme Stanislaw Goik, Zwangsarbeiter aus der Westukraine, der zunächst als Kohlenarbeiter und dann als Pfleger in der Krankenbaracke arbeitete. Obwohl es Polen und Ukrainern verboten war zu fotografieren, war es nach Aussage von Stan Goik (heute Australien) für ihn kein Problem, an einen Fotoapparat zu kommen. Schwierig war es dagegen, Filme zu beschaffen und die Entwicklung der Filme zu organisieren.*

Kliniken den seit Dezember 1941 in der Chirurgischen Klinik tätigen aus der Ukraine stammenden Arzt I. N., der vor seiner Tätigkeit in Göttingen in Prag gelebt hatte und die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit besaß, für die Betreuung der Krankenbaracke abstellten.<sup>79</sup> Unterstützt wurde N. von der ukrainischen Ärztin Anna Melnikowa und einer zweiten Ärztin, von der nur der Vorname Olga bekannt ist. Beide Ärztinnen lebten in der Baracke, N. war der Einzige, der sowohl die Kliniken als auch die Baracke Ludendorffring 20 b betrat. Von deutschem Personal ist nur gesichert, dass abgesehen von der deutschen Lagerleiterin die Hebamme Hanna Adelung direkt in der Baracke arbeitete, da diese seit September 1943 auch als zentrale Entbindungseinrichtung für Polinnen und »Ostarbeiterinnen« diente.

<sup>79</sup> Einwohnermeldekarte I. N., StadtAGö.



*Abb. 2 und 3: Schwestern, Pfleger und ukrainische Ärztinnen: rechts im linken Fenster Dr. Anna Melnikowa (gest. 9. Februar 1945), links neben ihr Stanislaw Goik, der als Pfleger in der Krankenbaracke arbeitete; im rechten Fenster rechts unten Dr. Olga (Nachname unbekannt). Die beiden Fotos wurden mit dem Fotoapparat von Stanislaw Goik aufgenommen.*



*Abb. 4: Dr. N. mit Stanislaw Goik vor der Chirurg. Klinik; der Hund gehörte Dr. N. Die Aufnahme stammt eventuell aus der Nachkriegszeit.*

Die Baracke Ludendorffring scheint in erster Linie eine Gebä-, Pflege- und Aufbewahrungseinrichtung gewesen zu sein. Selbst für kleinere Eingriffe, wie beispielsweise einen Dammschnitt, wurden die Patientinnen auf einer fahrbaren Trage in die Klinik gebracht. Die Krankenschwestern und Pfleger wurden zumindest in einigen Fällen unter den kranken bzw. schwangeren Zwangsarbeiter(inne)n rekrutiert.<sup>80</sup>

Zwei weitere Krankenbaracken für Ausländer mit je 30 Betten wurden wenig später auf einem der Wehrmacht gehörenden Gelände ebenfalls am Ludendorffring an der Ecke zum Waldweg aufgestellt. Sie fungierten als Seu-

80 Hebammenbücher Hanna Adelung, StadtAGö; Aktennotiz 3.1.1944, StadtAGö Pol.Dir. Fach 74 Nr.6, Bl. 89 v; Zeitzeugenaussage Stan (früher Stanislaw) Goik, Australien (mehrere Telefoninterviews zwischen 19.1.2002 und 5.3.2003), Sa 32 – Sammlung Tollmien, StadtAGö; entsprechende Einwohnermeldekarten, StadtAGö; Geburtenbücher Göttingen, Geismar, Grone und Weende 1940-1945, Standesamt Göttingen; siehe auch Tollmien 2004, S. 371; Frewer u.a. 2004, S. 348.

chenbaracken. Diese beiden Baracken gehörten dem Arbeitsamt und wurden ebenfalls von der »Küchenvereinigung« verwaltet. Sie nahmen insbesondere die an Fleckfieber erkrankten »Ostarbeiter« und Polen und die Tuberkulosekranken aus dem gesamten Umland, einschließlich Harz und Solling, auf. Sie waren im Januar 1943 angefordert worden und wahrscheinlich erst Ende 1943 bezugsfertig.<sup>81</sup>

Nach dem Krieg wurde die Krankenbaracke Ludendorffring – wie die meisten anderen Zwangsarbeiterlager in Göttingen auch – für die DPs aus ganz Europa weitergenutzt. Im Ludendorffring waren dabei die Polen untergebracht, die das Göttinger Außenlager des KZs Buchenwald überlebt hatten. Dies war ein kleines in der Artilleriekaserne in Weende stationiertes, erst im Februar 1945 eingerichtetes, insgesamt 32 Mann umfassendes Außenkommando, das mit Bauarbeiten beschäftigt war. Als die Amerikaner am 8. April in Göttingen einmarschierten, fanden sie noch 17 Insassen in diesem KZ-Außenlager vor.<sup>82</sup>

Erstmals erlauben die bisherigen Forschungen eine nach Nationalitäten differenzierte, einigermaßen gesicherte Aussage über die Gesamtzahl der ausländischen Arbeiter, die während des Krieges in Göttingen gearbeitet haben. Das ist insofern eine Besonderheit als bisher nur einzelne Zahlen für einen bestimmten Zeitpunkt vorlagen, etwa die im Titel genannten 6000 Ausländer für den Februar 1944, was für das kleinstädtische, damals etwa 53 000 Einwohner zählende Göttingen immerhin bedeutete, dass zu diesem Zeitpunkt rein rechnerisch jeder zehnte in der Stadt ein »Fremdarbeiter« war.<sup>83</sup>

Die jetzige kumulierte (!) Schätzung beruht ganz wesentlich auf einer Hochrechnung der erhobenen Daten aus der Einwohnermeldekartei, ergänzt durch standesamtliche Unterlagen und statistische Angaben, wie sie etwa das Ernährungsamt oder nach dem Krieg auch alliierte Institutionen erhoben haben. Aufgrund der lückenhaften Meldeunterlagen sind allerdings spätere Korrekturen an dieser Zahl durch neue Quellenauswertungen auch durch die Autorin selbst nicht ausgeschlossen.<sup>84</sup>

81 Wie Anm. 50 und Aktennotiz 6.1.1943, Gesundheitsamt 13.1.1943, Bericht 14.1.1943, StadtAGö Stadtkämmerei Handakten Claassen I/15 Nr. 49, o.P. Sterbebücher Göttingen 1940-1945, Standesamt Göttingen.

82 Das Schicksal der nicht von den Amerikanern aufgefundenen Häftlinge ist ungewiss. Siehe dazu Tollmien 2001/2003 und Tollmien 2006.

83 Gauinspektion Luftschutzbericht 4.2.1944, StadtAGö Bauamt Abt. I Fach 1 Nr. 45 a Bd. 3, o.P. (Einwohnerzahl ohne Geismar, Grone und Weende, aber einschließlich der inzwischen in der Stadt lebenden Flüchtlinge). Dabei ist zu bedenken, dass die gesamte wehrfähige männliche Bevölkerung nicht in Göttingen anwesend war. Das tatsächliche Verhältnis zwischen Zwangsarbeitern und Göttingern lag daher noch deutlich über 1:9. Vgl. dazu auch Tollmien 1999, S. 208 f.

84 Die Quellen für diese aktuelle Schätzung lassen sich nicht im Einzelnen nachweisen, sie sind in den vorhergehenden Anmerkungen bereits alle genannt: siehe

Nach dem jetzigen Kenntnisstand arbeiteten während der gesamten Kriegszeit in der Stadt Göttingen (einschließlich Geismar, Grone und Weende) etwa 600 »Protektoratsangehörige«, 2200 Polen und Polinnen (ohne Geismar und Weende 1600), 1200 Holländer, 1000 Belgier (davon 75 % Flamen), 1300 Franzosen, 300 Serben, 250 (polnische) Ukrainer und Ukrainerinnen,<sup>85</sup> 600 Italiener (je zur Hälfte Zivilarbeiter und IMIs) und um die 5000 »Ostarbeiter« und »Ostarbeiterinnen« (die meisten von ihnen stammten aus der Ukraine), außerdem 32 KZ-Häftlinge. Dies ergibt eine Gesamtzahl von fast 12 500 Ausländern für die gesamte Kriegszeit. Wenn man davon ausgeht, dass 90 % von ihnen wirklich Zwangsarbeiter waren,<sup>86</sup> dann kommen wir auf eine Gesamtzahl von über 11 200 zivilen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen in Göttingen.

Hinzu kommen noch Zwangsarbeiter, die sich in Göttingen nur vorübergehend aufhielten, ohne hier zu arbeiten, so insbesondere etwa 1000 Gefängnisinsassen (zumeist von außerhalb), einige Kranke und über 200 polnische und sowjetische Mütter aus dem Landkreis und weiterer Umgebung, die in Göttingen entbanden.<sup>87</sup>

Für die Kriegsgefangenen in Göttingen liegen nach wie vor keine zuverlässigen Zahlen vor. Man kann aber wohl davon ausgehen, dass über die gesamte Kriegszeit gerechnet etwa 1500 französische Kriegsgefangene in Göttingen und den drei genannten Dörfern eingesetzt waren, und etwa 2000 sowjetische. Dabei stützt sich die letztgenannte Zahl auf eine Nachkriegsangabe von 1949, die allein für das Lager Lohberg, in dem französische und sowjetische Kriegsgefangene untergebracht waren, 3000 Insassen annimmt. Wenn man dann noch berücksichtigt, dass für die Lager der Reichsbahn

vor allem Anm. 25, 29, 45, 47, 50, 73, 81; Gefängnislisten 1941-1944, StadtAGö Pol.Dir. Fach 8 Nr. 9, Bl. 343-561. Unberücksichtigt in dieser Schätzung bleiben die Arbeiter aus den baltischen Staaten: Nur einige wenige Esten kamen gegen Ende des Krieges nach Göttingen, die meisten Balten kamen als Flüchtlinge erst in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die spezifische Situation dieser zum Teil als Familienangehörige von Heeresfreiwilligen nach Göttingen gelangten Arbeiter verlangt eine gesonderte Darstellung. Dies gilt auch für Arbeiter aus den nichtbesetzten Ländern Spanien, Rumänien, Bulgarien und der Schweiz und aus dem ursprünglich verbündeten Ungarn. Deren Zahl ist in Göttingen ebenfalls marginal.

85 So diese ausgewiesen sind; die übrigen sind in der Zahl der »OstarbeiterInnen« enthalten.

86 Spoerer 2001, S. 223 und Definition »Zwangsarbeiter«, Spoerer 2001, S. 15-17.

87 392 Geburten von Ausländerinnen wurden in Göttingen während der Kriegszeit registriert, 314 davon waren sicher Geburten von Zwangsarbeiterinnen; 68,5 % von diesen 314 kamen aus dem Landkreis oder der weiteren Umgebung nach Göttingen. Berücksichtigt man alle Geburten von Ausländerinnen, so kann man zu den oben genannten 200 noch ca. 80 addieren; siehe dazu Tollmien 2004, S. 367.



und der Aluminiumwerke insgesamt noch 380 sowjetische Kriegsgefangene nachgewiesen sind, wahrscheinlich dort aber deutlich mehr arbeiteten, dann scheint die Zahl von 2000 eher zu niedrig zu sein. Bedenkt man allerdings, dass wir kaum Informationen über die Einsatzorte dieser 2000 sowjetischen Kriegsgefangenen haben, dann scheint diese Zahl wiederum sehr hoch zu sein. Genauere Angaben liegen aber leider nicht vor.

Rechnet man – unter diesen Vorgaben – Zivilarbeiter und Kriegsgefangene zusammen, so ergibt sich eine Gesamtzahl von über 17 500 Ausländern (einschließlich der Mütter mit ihren Kindern), die sich während des Zweiten Weltkrieges in Göttingen, Geismar, Grone und Weende, wenn auch teilweise nur für kurze Zeit, aufhielten. Davon waren über 14 700 Zwangsarbeiter (einschließlich Kriegsgefangene), die hier in Göttingen auch arbeiteten. Das sind erheblich mehr als ursprünglich angenommen.

## *Abbildungen*

Bildquelle für Abb. 1-4: Stadtarchiv Göttingen, Sa 32 – Sammlung Tollmien (Fotodateien).

## *Quellen und Literatur*

### *Ungedruckte Quellen*

#### *Stadtarchiv Göttingen (StadtAGö)*

- AHR (Alte Hauptregistratur) I A Fach 11 Nr. 55.
- AHR I A Fach 48 Nr. 3.
- Alte Einwohnermeldekartei.
- Bauamt Abt. I Fach 1 Nr. 26 Bd. 1 und Bd. 2, Nr. 45 a Bd. 3.
- Bauamt Abt. I Fach 1 Nr. 45 a Bd. 3.
- Bauamt Abt. I Fach 2 Nr. 34, Nr. 35.
- Bauamt Abt. I Fach 16 Nr. 48, Nr. 49, Nr. 52, Nr. 53, Nr. 54.
- Baupolizei XX B Fach 112 Nr. 68, Nr. 391 Bd. 1.
- Dep. 104 Nr. 223 (Spindler & Hoyer).
- Ernährungsamt Nr. 51, Nr. 61.
- Forstamt 134.00c Az (PA Nr. 1 Hä).
- Geismar Nr. 716.
- Grünflächenamt C 83, Nr. 9, Nr. 156.
- Hebammenbücher Hanna Adelung.
- Kleine Erwerbung Nr. 192 (Betriebsdatei Winkel).
- Ordnungsamt acc. 1047/1991 Nr. 258.
- Personalamt Nr. 315.
- Pol.Dir. (Polizeidirektion) Fach 8 Nr. 9.
- Pol.Dir. Fach 112 (Baupolizei) Nr. 182.
- Pol.Dir. Fach 124, Nr. 2, Nr. 15.
- Sa. 32 – Sammlung Tollmien (Zeitzeugenaussagen und Fotos zur Geschichte der Zwangsarbeit in Göttingen).
- Stadtkämmerei Handakten Claassen I/15 Nr. 49.
- Weende Nr. 1246, Nr. 1247.

#### *Niedersächsisches Haupt- und Staatsarchiv Hannover (NHStAH)*

- Hann 122 a Nr. 3282, 3283, 3317, 3321.
- Entnazifizierungsakten Nds. 171 Hildesheim Nr. 17089, 19651, Nr. 28071.
- Lageraufnahme Belgischer Suchdienst 1949, Film 3.

*Bundesarchiv Berlin Lichterfelde*

– Beschäftigungsmeldungen 31.12.1944 R 12I/102 (Reichsgruppe Industrie).

*Archiv der DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V.) Göttingen*

– Briefwechsel zwischen Aerodynamischer Versuchsanstalt und Bauunternehmer Fricke 23.3.1944-18.9.1944, Akte Prüfstand B3 Überschallkanal Nr. 711.

*Standesamt Göttingen*

– Sterbe- und Geburtenbücher Göttingen, Geismar, Weende und Grone 1940-1945.

*Zeitungen*

Chronik der Stadt Göttingen, Exzerpte aus Tageszeitungen 1933-1945 (Maschinenschriftliches Manuskript im Stadtarchiv Göttingen).

Göttinger Tageblatt 1939-1945: Göttinger Tageblatt Jahrgänge 1939 bis 1945. Journal publié par l'Amicale des Travailleurs Français en Allemagne (Mai 1943).

*Gedruckte Quellen*

Institut Zachodni Poznań 1976: Institut Zachodni Poznań (Hg.), Documenta Occupationis, Band X: Praca Przymusowa Polaków Pod Panowaniem Hitlerowskim 1939-1945, Poznań 1976 (mit deutscher Einleitung und ausschließlich deutschen Dokumenten).

Stresau 1948: Hermann Stresau, Von Jahr zu Jahr (Tagebuch 1933-1945), Berlin 1948.

Maier o.J. (2000): Dieter Maier (Hg.), Beteiligung der Arbeitsverwaltung am Zwangsarbeitereinsatz 1939-1945, Dokumentensammlung, Verwaltungsschule Weimar, o.J. (2000) (MS, zu beziehen beim DGB Göttingen).

*Literaturverzeichnis*

Baranowski 1995: Frank Baranowski, Geheime Rüstungsprojekte in Südniedersachsen und Thüringen während der NS-Zeit, Duderstadt 1995.

Bons/Denecke/Duwe u.a. 1986: Joachim Bons/Viola Denecke/Kornelia Duwe u.a., »Bohnensuppe« und Klassenkampf. Das Volksheim. Gewerkschaftshaus der Göttinger Arbeiterbewegung von der Entstehung im Jahre 1921 bis zu seiner Zerstörung 1944, Göttingen 1986.

Bruns-Wüstefeld 1997: Alex Bruns-Wüstefeld, Lohnende Geschäfte. Die »Entjudung« der Wirtschaft am Beispiel Göttingens, Hannover 1997.

Budraß 1998: Lutz Budraß, Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918-1945 (Schriften des Bundesarchivs, 50), Düsseldorf 1998.

Cajani 1991: Luigi Cajani, Die italienischen Militär-Internierten im natio-

- nalsozialistischen Deutschland, in: Ulrich Herbert (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, Essen 1991, S. 295-316.
- Dawe 1987: Ewald Dawe, Geismar. Platz der sprudelnden Quellen. Band I: Von den Anfängen bis 1946, Göttingen 1987.
- Frewer/Gottschalk/Zimmermann 2001: Andreas Frewer/Karin Gottschalk/Volker Zimmermann: Zwangsarbeit in der Klinik: Göttinger Universitätsmedizin im Nationalsozialismus, in: Niedersächsisches Ärzteblatt 12/2001, S. 9-23.
- Frewer/Schmidt/Wolters 2004: Andreas Frewer/Ulf Schmidt/Christine Wolters, Hilfskräfte, Hausschwangere, Untersuchungsobjekte. Der Umgang mit Zwangsarbeitenden an der Universitätsfrauenklinik Göttingen, in: Andreas Frewer/Günther Siedbürger (Hg.), Medizin und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Einsatz und Behandlung von »Ausländern« im Gesundheitswesen, Frankfurt a.M./New York 2004, S. 341-362.
- Herbert 1985: Ulrich Herbert, Fremdarbeiter – Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985.
- Herbert 1986: Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter Zwangsarbeiter Gastarbeiter, Berlin/Bonn 1986.
- Interessengemeinschaft »Garnisonsstadt Göttingen e.V.« 1992: Interessengemeinschaft »Garnisonsstadt Göttingen e.V.« (Hg.), Die strenge Form. Zur Geschichte der Militärbauten in Göttingen, Göttingen 1992.
- Kárný 1991: Miroslav Kárný, Der »Reichsausgleich« in der deutschen Protektoratspolitik, in: Ulrich Herbert (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, Essen 1991, S. 26-50.
- Łuczak 1991: Czesław Łuczak, Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Entwicklung und Aufgaben der polnischen Forschung, in: Ulrich Herbert (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, Essen 1991, S. 90-105.
- Maier 2000: Dieter Maier, Arbeitsverwaltung und NS-Zwangsarbeit, in: Ulrike Winkler (Hg.), Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000, S. 67-88.
- Müller 1991: Rolf-Dieter Müller, Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft, in: Ulrich Herbert (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, Essen 1991, S. 234-250.
- Posta 2002: Stephan Posta, Tschechische »Fremdarbeiter« in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, Dresden 2002.
- Prüger 1988: Kathrin Prüger, Osteuropäische Zwangsarbeiter (1939-1945) im

- Regierungsbezirk Braunschweig. Untersuchungen zu ihren Lebensbedingungen und ihrem Verhältnis zur deutschen Bevölkerung, Staatsexamensarbeit Göttingen 1988 (Manuskript im Stadtarchiv Göttingen).
- Schörle 2000: Eckart Schörle, Gutachten zur Situation von »Zwangsarbeitern« bei der Firma Sartorius Göttingen während der Zeit des Nationalsozialismus, Göttingen 2000 (Manuskript im Stadtarchiv Göttingen).
- Schwarze 1997: Gisela Schwarze, Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997.
- Spoerer 2001: Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart/München 2001.
- Tollmien 1999: Cordula Tollmien, Nationalsozialismus in Göttingen (1933-1945), Göttingen Diss. 1999 – auch unter:  
<http://webdoc.sub.gwdg.de/diss/1999tollmien/inhalt.htm>.
- Tollmien 2000: Cordula Tollmien, Zwangsarbeiter in Ämtern, Dienststellen und Betrieben der Göttinger Stadtverwaltung während des Zweiten Weltkriegs (Fassung ohne Namensnennungen), Göttingen Dezember 2000 (Manuskript im Stadtarchiv Göttingen).
- Tollmien 2001/2003: Cordula Tollmien, Das KZ-Außenkommando Buchenwald in Göttingen, Februar 2001 mit Ergänzungen vom Oktober 2003, <http://www.zwangsarbeit-in-goettingen.de/texte/buchenwald.htm>.
- Tollmien 2004: Cordula Tollmien, Slawko, Stanislaw und France-Marie. Das Mütter- und Kinderlager bei der Großwäscherei Schneeweiß in Göttingen 1944/45, in: Andreas Frewer/Günther Siedbürger (Hg.), Medizin und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Einsatz und Behandlung von »Ausländern« im Gesundheitswesen, Frankfurt a.M./New York 2004, S. 363-388.
- Tollmien 2006: Cordula Tollmien, Göttingen (Außenlager von Buchenwald), in Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 3: Sachsenhausen und Buchenwald, München 2006, S. 451 f.